Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Chiffreanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 143 — Mittwoch, den 2. Juli 1919. — 45. Jahrg.

Die Abstimmung über den Frieden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die gegnerische Presse beschäftigt sich mit der Abstimmung der Nationalversammlung über die Friedensfrage in einer Weise, die deutlich das Bestreben zeigt, den wahren Sachverhalt im Einzelparteiinteresse zu verdunkeln. Die historische Wahrheit verlangt darum nach einigen ausklärenden Worten. Es ist richtig, daß der Ministerpräsident Bauer in seiner Rede am 22. Juni die Zustimmung der Nationalversammlung zu einer Erklärung erbat, nach der der Friedensvertrag nur mit den beiden Vorbehalten, der Schuldfrage und den Auslieferungen, unterzeichnet werden sollte. Ebenso richtig ist es, daß der Zentrumsführer Gröber in seiner Rede den Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer zustimmte. Aber der ursprüngliche Antrag der beiden Mehrheitsparteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, der die „Billigung der Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages" aussprach, wurde im Verlaufe der Verhandlungen abgeändert. Den abgeänderten Antrag verlas der Präsident in öffentlicher Sitzung. Er lautete: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden." Daß hiermit eine unbedingte Zustimmung zum Friedensvertrage ausgesprochen worden war ist schlechterdings unbestreitbar. Noch klarer aber und jeden Zweifel ausschließend erscheint der Tatbestand, wenn man weiß, daß die Abänderung des Antrages Gröber-Loebe auf ausdrücklichen Wunsch des Führers der Unabhängigen, Haase, erfolgt war. Aus Haases Rede ging absolut zweifelsfrei hervor, daß seine Partei nur für einen Antrag zu haben war, der die bedingungslose Unterzeichnung des Friedens befürwortete. Weil das der abgeänderte Antrag Gröber-Loebe tat, darum stimmte die Unabhängige Sozialdemokratie für ihn. In der Nationalversammlung selbst bestand am Sonntag den 22. Juni über den Charakter der Abstimmung gar kein Zweifel. In der Deutschen demokratischen Fraktion war man sich klar, daß eine vorbehaltlose Ermächtigung gefordert würde. Darum stimmten einige Abgeordnete mit Nein, die für ein bedingtes Ja sonst gewesen wären. Für bedingte Annahme waren auch die drei bayerischen Bauernbündler, die sich aber gegenüber dem Antrage auf bedingungslose Unterzeichnung der Abstimmung enthielten. Es mußte darum außerordentlich überraschen, daß am Montag den 23. Juni das Zentrum unter dem Eindruck der Demission mehrerer Generale plötzlich mit der Ansicht hervortrat, es müsse nach Ablehnung unserer Zwischennote durch den Rat der Alliierten aufs neue über die Frage der Friedensunterzeichnung abgestimmt werden. Um schließlich die erregten Zentrumsgewissen zu besänftigen, waren andere große Parteien bereit, in einer Abstimmung dem Präsidenten Fehrenbach in der Auslegung zuzustimmen, daß am Sonntag die Ermächtigung zur bedingungslosen Unterzeichnung erteilt worden sei. Gleichzeitig wollte man dem Zentrum durch Erklärungen der Parteiführer entgegenkommen, daß die erfolgte Sonntagsabstimmung nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sei. Das ist beides geschehen. So wird in mehreren Presseorganen behauptet, daß am Montag die Nationalversammlung die „Zustimmung zum bedingungslosen Friedensschluß" gegeben habe. Das ist, wie wir oben nachgewiesen haben, völlig unzutreffend. Aber es ist ebenso falsch, wenn die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, daß die Nationalversammlung „den Blankowechsel der Regierung nochmals gegenzeichnete". Das Blatt wirft im selben Atem dem demokratischen Fraktionsführer Schiffer vor, er hätte die vom Abg. Schultz (Bromberg) beantragte nochmalige Abstimmung für den Friedensvertrag verhindert. Auch das ist völlig unrichtig. Der Antrag des Abg. Schultz (Bromberg) wurde vom Präsidenten zurückgewiesen, da das Haus bereits in der Abstimmung war. Aber sachlich wäre der deutschnationale Antrag auf erneute Abstimmung auch nicht zu rechtfertigen gewesen. Das Parlament würde sich zu lächerlich machen, wenn es eingestehen wollte, daß es sich der Tragweite einer Abstimmung über das Leben und die Zukunft des Vaterlandes nicht bewußt gewesen sei, und daß diese Abstimmung nun wiederholt werden müßte. So kann man keine Politik machen, und wenn die Deutschnationalen es dennoch versuchten, so leitete sie dabei wohl nur ihre Parole, daß die „Situation unbedingt agitatorisch ausgenutzt" werden müsse.

Auch was in der gegnerischen Presse über die

Haltung der demokratischen Fraktion in der Friedensfrage

sonst noch zusammengeschrieben wird, ist meistens irreführend. Die Deutsche demokratische Fraktion hat weder, wie die „Germania" behauptet, „hin und her gewankt", noch hat sie sich, was der „Vorwärts" annimmt, „der Verantwortung entziehen" wollen. Die Haltung der Partei war im Gegenteil von Anfang an zielklar, und niemand ist sich in der Fraktion auch nur einen Augenblick im Zweifel gewesen, welche ungeheure Verantwortung gerade auf den demokratischen Schultern lag. Die Partei hat, was jetzt kein Geheimnis mehr ist, am 12. Mai durchgesetzt, daß die Regierung das Unannehmbar aussprach. Damit waren die anderen Parteien der Koalition mitgerissen. Jetzt galt es, fest hinter der Arbeit unserer Friedensdelegation zu stehen. Das feindliche Ausland brauchte den Frieden ebenso notwendig wie wir. Anstatt dessen begann von gewisser Seite ein Aushöhlen der Arbeit unserer Delegation in Versailles. Herr Erzberger erzählte in seinen vorlauten Manier jedem, der es wissen wollte, daß wir doch unterzeichnen müßten. Die U. S. P. demonstrierte auf den Straßen für den Frieden um jeden Preis, und in Paris und London konnte man täglich zweimal lesen, daß Deutschland unterzeichnen werde. Der Viererrat brauchte sich bei der Beratung unserer Gegenvorschläge keiner allzu schweren Belastungsproben mehr zu unterwerfen. Man sandte uns eine Antwort, die, wenn die Nationalversammlung ihre Kundgebung vom 12. Mai in der Aula der Berliner Universität nicht nachträglich zur Komödie herabwürdigen wollte, nicht mit einem bedingungslosen Ja beantwortet werden durfte. Wollte allerdings die Volksvertretung etwas durchsetzen, so mußte sie geschlossen auftreten und keinen Zweifel darüber lassen, daß von keiner deutschen Volksvertretung und von keiner Regierung etwas anderes zu erreichen sei als das, was als letztes Wort der Nationalversammlung hinausging. Das zu erreichen, war die Deutsche demokratische Fraktion bemüht. Aber ihre Arbeit wurde gleich jener in Versailles durchkreuzt. Die beste Bestätigung dafür ist der Artikel der „Germania" (Nr. 282), in dem es heißt: „Vielleicht haben die zwei anderen Mehrheitsparteien zu früh den Willen erkennen lassen, entschlossen zu handeln, wie es die Lage von Volk und Reich erfordert, und es damit den Demokraten erleichtert, dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten die Verantwortung allein zu überlassen." Allerdings haben Zentrum und Sozialdemokratie ihr unbedingtes Ja zu früh erkennen lassen (die Blätter berichteten schon am Freitag über die „Probeabstimmungen" der beiden Fraktionen), aber sie haben damit nicht die Lage der Demokraten erleichtert, sondern die des Viererrats. Nachdem man in Versailles wußte, daß in den beiden Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie eine Mehrheit für eine bedingungslose Annahme des Friedens vorhanden war, konnten sie die „Zwischennote" Erzbergers getrosten Mutes in den Papierkorb befördern. Die Deutsche demokratische Partei aber kann es mit Recht abweisen, für diese Politik verantwortlich gemacht zu werden.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Wir leben augenblicklich in einer Übergangszeit, die nicht mehr Krieg und auch nicht mehr Waffenstillstand ist, aber doch auch noch nicht Frieden. Erst wenn die Volksvertretungen aller beteiligten Länder die Unterschriften ihrer Vertreter in Versailles bestätigt haben, erst dann tritt der Frieden tatsächlich und rechtlich in Kraft. In der Zwischenzeit bahnen sich die friedlichen Verhältnisse langsam an und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wird in die Wege geleitet.

Eine Unterredung mit Dr. Bell.

Von zuständiger Seite geht uns folgende Erklärung zu: Zu der in einigen Blättern mitgeteilten Unterredung der Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell mit einem Vertreter der „United Preß" sei bemerkt, daß eine Unterredung mit dem Reichsminister Müller nicht stattgefunden hat. Dem Reichsminister Dr. Bell sind von dem Vertreter der amerikanischen Agentur folgende Fragen vorgelegt worden:

1. Wird Deutschland nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne jeden Vorbehalt die Forderungen erfüllen?
2. Wird Deutschland den Kaiser und die hohen Offiziere ausliefern?
3. Was wird Deutschland gegenüber Polen und den dortigen Kriegsmaßnahmen tun?

Der Reichsminister Dr. Bell hat die Fragen wie folgt beantwortet: Was wir unterzeichnen, wollen wir halten. Das deutsche Volk will alles versuchen, um die Friedensbedingungen zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente in ihrem eigenen Interesse finden wird, daß es nötig sei, die Friedensbedingungen abzuändern, von denen sie selbst erkennen wird, daß es unmöglich ist, sie zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente nicht auf der Auslieferung des Kaisers und der hohen Offiziere bestehen wird. Die Reichsregierung will in keiner Weise den Krieg gegen Polen unterstützen.

Rückkehr der Friedensdelegation.

Die deutsche Friedensdelegation, die am Sonnabend abend 9 Uhr Versailles mit einem Sonderzug verlassen hatte, ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Berlin auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Reichsminister Dr. Bell hat den Zug in Elberfeld bereits verlassen, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller hat mit den übrigen Delegierten die Fahrt bis Berlin fortgesetzt. Auch die deutschen Pressevertreter sind in Berlin eingetroffen.

Das Auslieferungsverlangen der Entente.

Die Presse-Information berichtet aus Paris: Die Zahl der von Deutschland auszuliefernden Personen umfaßt über 160 Militär- und 30 Zivilpersonen. Unter den Militärpersonen befinden sich viele höhere Offiziere, die Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern waren, sowie deren Adjutanten. Die Zivilisten sind hauptsächlich Verwaltungsbeamte, die in dem besetzten Gebiet Maßnahmen gegen die dortigen Einwohner getroffen hatten, wodurch sie angeblich gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Da die Liste erst vier Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages überreicht wird, wird sich die Zahl der Auszuliefernden noch erhöhen, zumal noch größere Untersuchungen schweben.

Die französischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag.

„Matin" teilt mit: Der Sozialistenbund des Seine-Departements, der am Sonntag tagte, hat mit 6800 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen wollen. Eine andere Entschließung erklärt, daß die sozialistische Delegation am 14. Juli nicht der Siegesfeier beiwohnen wolle. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreichs ein Trauertag. Eine dritte Entschließung verlangt den Ausschluß von etwa 20 Mitgliedern, die für den Anschluß an die dritte Internationale eingetreten sind.

Für uns ergibt aber diese Kritik, die am Tage der Unterzeichnung von Konferenzteilnehmern am Friedenswerk geübt worden ist, die Verpflichtung, auch unsererseits nicht zu ruhen und immer wieder auf das „Unerfüllbar" hinzuweisen, das unsere frühere Regierung und die Nationalversammlung gefordert haben. Das Vorgehen des Vertreters Chinas und des Vertreters Südafrikas muß uns auf jeden Fall ermutigen, unsere Stimme fortgesetzt gegen alle die rücksichtslosen Bestimmungen zu erheben, die uns die loyale Einhaltung unserer Zusage unmöglich machen.

Eine Protesterklärung des Generals Smuts gegen den Friedensvertrag.

Holl. Nieuwsbureau meldet aus Paris: General Smuts gab, nachdem er den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, folgende Protesterklärung ab: „Ich habe den Vertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn für ein befriedigendes Dokument halte, sondern wegen der Notwendigkeit, den Krieg zu beendigen. Ich fühle, daß wir mit dem Vertrag nicht den wirklichen Frieden zustande gebracht haben, nach dem die Völker Ausschau halten. Es gibt territoriale Regelungen, die meiner Meinung nach einer Revision bedurft hätten. Von vielen im Vertrag festgelegten Garantien wird man wünschen, daß man bald zu der Erkenntnis kommt, daß sie mit den friedlichen Gefühlen eines unbewaffneten Staates, der unser früherer Feind war, nicht in Einklang gebracht werden können. Es sind in dem Vertrage Bestrafungen vorgesehen, bei denen wir in ruhiger Gemütsverfassung vorziehen würden, mit den Gegnern darüber hinwegzuwischen, um sie der Vergessenheit preisgeben. Es sind Entschädigungen festgesetzt worden, die nicht erfüllt werden können, ohne daß das Industrieleben Europas schwer geschädigt wird, und die im Interesse Aller erträglicher und gemäßigter sein müßten."

Vor der Bestätigung des Friedensvertrages durch die Völker.

Durch die Unterzeichnung hat der Friedensvertrag zwar die Anerkennung der beteiligten Regierungen gefunden, Rechtskraft wird er aber erst erlangen, wenn die Volksvertretungen die Genehmigung zu diesen Unterschriften ausgedrückt haben. Um diese Bestätigung des Friedensvertrages geht jetzt das Hauptbemühen des Rates der Vier. Er hat Vorbereitungen getroffen, daß in den Ländern der Entente die Volksvertretungen mit größter Beschleunigung ihre Zustimmung aussprechen. Wahrscheinlich wird eine geschickte Leitung es verstehen, daß die Abstimmungen sich in jenen Ländern zu großen Vertrauenskundgebungen für die „Siegreichen" Männer gestalten. Vielleicht wird man aber auch Überraschungen erleben, denn einmütig ist die Billigkeit dieses Friedensvertrages selbst nicht einmal in den Ländern der Feinde. In Amerika schwillt außerdem die Mißstimmung über Wilsons Völkerbundpolitik und die eigenartige, immer nachgebende Rolle, die er im Rate der Vier gespielt hat, — durch die ja das Ansehen der

Neueste Nachrichten.

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Berlin, 1. Juli. Der „Lok.-Anz." meldet aus Weimar, daß parlamentarische Kreise für den 21. Juli mit dem Abschluß der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar rechnen. Im August könnten im Reichstagsgebäude in Berlin die Ausschußberatungen beginnen, während das Plenum erst Ende September, und zwar in Berlin, wieder zusammentreten werde.

Drahtverkehr Deutschland—Italien.

Lugano, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Wie der Mailänder „Secolo" meldet, wird der Privatdrahtverkehr zwischen Deutschland und Italien schon in den nächsten Tagen wieder freigegeben werden.

Hindenburg über die Verantwortung.

Kolberg, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Marschall Hindenburg äußerte einer Abordnung Göttinger Studenten gegenüber: „Wenn die Feinde mich alten Mann, der nur seine Pflicht tat, an die Wand stellen wollen, dann sollen sie mich haben. Sie werden dann nur eine Schande mehr auf sich laden."

Fortdauer des Eisenbahnerstreiks.

Aus Berlin, 1. Juli, geht uns folgende Meldung zu: Der Eisenbahnerstreik geht weiter und hat seit gestern nicht im mindesten eine Änderung erfahren. Die Regierung hat sich gestern entschlossen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um den Eisenbahnerstreik zu beendigen. Bisher konnten der Güter- und Personenverkehr einigermaßen aufrecht erhalten werden. Um die Arbeitswilligen nicht hindern zu lassen, hat die Regierung gestern sämtliche Bahnhöfe militärisch besetzen lassen.

Zum Verkehrsstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. Das Betriebspersonal der Berliner Verkehrsunternehmungen hat sich mit sehr großer Mehrheit für den Streik erklärt, so daß Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmittel ist. Auch der Stadtbahn- und Vorortverkehr ruht. Leider steht eine längere Dauer des Verkehrsstreiks zu erwarten. Auch der Streik der Eisenbahner Groß-Berlins flackert wieder auf. Die Metallarbeiter und die Holzarbeiter bereiten eine Sympathiekundgebung vor. In den Versammlungen streitender Eisenbahner wurde seitens der Streikkomitees unter anderem geraten, auch Kohlen- und Lebensmittelzüge nicht zu befördern.

Gestern nachmittag fanden in ganz Berlin von der Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlungen statt, in denen u. a. Haase und Adolf Hoffmann sprachen. In ihren Ausführungen traten sie erneut für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein und forderten die Arbeiterschaft auf, in entscheidender Stunde bereit zu sein.

Drohender Bankbeamtenstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Paul Cmonis, einer der Führer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, ist verhaftet worden. In einer Versammlung der Beamten der Berliner Großbanken wurde die sofortige Freilassung Cmonis gefordert, widrigenfalls die Bankbeamten am Dienstag mittag 12 Uhr in den Ausstand treten würden.

Englische Denkmalzerstörer in Libau.

Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Nach der Besetzung von Libau durch die Engländer wurde die Hindenburgsäule, die von den deutschen Truppen am ersten Jahrestage der Einnahme Libaus errichtet worden war, von der englischen Besatzung unter Teilnahme des gesamten Offizierskorps entfernt und die Gedenktafel, Adler usw. beseitigt und in Verwahrung genommen. Auf den Trümmern der Säule wurde die livländische Fahne gehißt.

Einzug der Reichswehrtruppen in Hamburg.

Hamburg, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Der Einmarsch der Reichswehrtruppen von allen Richtungen in Hamburg entwickelte sich planmäßig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0001

Nachstellung des Prätendenten der Vereinigten Staaten nicht gerade gestärkt worden ist — mehr und mehr an. Doch zu ernsten Schwierigkeiten wird es in den feindlichen Ländern wohl nirgends kommen. Die Zustimmung der deutschen Volksvertretung aber werden die Clemenceau und Lloyd George zu erzwingen wissen. Sie haben ja schon mitgeteilt, daß die Gefangenen nicht eher ausgetauscht werden, die Blockade wird natürlich auch nicht eher aufgehoben und schließlich verbleibt vorläufig auch eine starke Truppenmacht am Rhein. Wir haben zwar den Frieden unterzeichnet, unsere Peiniger werden wir aber nicht so schnell los. Über den augenblicklichen Stand dieser Angelegenheit unterrichten die nachfolgenden Meldungen:

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Genf: Der Rat der Vier hat die zur Ratifikation des Friedensvertrages nötigen Maßregeln beschlossen. Im französischen und englischen Parlament wird das Ratifikationsgesetz am Montag eingebracht und sowohl Lloyd George wie Clemenceau werden auf einer schnellen Erledigung bestehen. In bezug auf Deutschland scheint der Rat der Vier Gewicht auf eine baldige Ratifikation durch die Nationalversammlung zu legen. Infolgedessen wurde beschlossen, daß die Auslieferung der Kriegsgefangenen nach der Ratifikation erfolgen soll.

Der Zeitpunkt der Aufhebung der Blockade.

„Homme Libre", „Temps" und „Journal" melden, daß die Aufhebung der gesamten Blockade am Tage nach der Annahme des Friedensvertrages in der deutschen Nationalversammlung erfolgen soll.

Eine starke Truppenmacht bleibt im besetzten Gebiet.

Der „Matin" meldet: General Foch hatte eine Unterredung mit Clemenceau, in der er die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer starken alliierten Armee in einer Mindeststärke von 700 000 Mann in den besetzten Gebieten während der nächsten Monate besprochen. Die militärische Bereitschaft der Alliierten soll Deutschland in der loyalen Erfüllung der Friedensbedingungen bestärken. Die Generale Gerard und Mangin erlassen Erklärungen über den vorläufigen Aufrechterhaltung des in einigen Punkten gemilderten Belagerungszustandes in der besetzten Zone.

Die französische Willkürherrschaft im besetzten Gebiet.

Karlsruhe, 30. Juni. Wie bekannt wird, haben die Franzosen den Kehler Staatsanwalt Werber verhaftet, weil er gegen den Agenten Hompa in Kehlsheirit, einen Hauptführer der separatistischen Bewegung im Gebiete des Kehler Brückenkopfes, einen Haftbefehl wegen hochverräterischer Umtriebe erlassen hatte. Weiter wurden Amtsrichter Frisch und Oberamtsrichter Kuch in Haft genommen. Die badische Regierung hat die zuständige Reichsbehörde ersucht, energischen Protest einzulegen und die Freilassung der Beamten zu erwirken.

Die französische Siegesfeier.

Für die Siegesfeier am 14. Juli wurden von der Kammer gegen die Stimmen der Sozialisten 4 300 000 Franken bewilligt. In der Debatte protestierte der Sozialist Brizon gegen die Siegesfeier, die einem durch Gewalt geschaffenen Vertrag gelte. Er wurde niedergeschrien.

Rückzug der Reservetruppen aus dem Brückenkopf Mainz.

Frankfurt, 1. Juli. Die Franzosen haben alle Reservetruppen, die an der Grenze des Brückenkopfes Mainz zusammengezogen waren, in der vergangenen Nacht zurückgezogen. Es bleiben nur die normalen Besatzungstruppen an der Grenze.

Der neue Dreiverband.

Paris, 1. Juli. Vor seiner Abreise unterzeichnete Wilson das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich, in dem Amerika dem letzteren Hilfe verspricht, wenn es ohne Provokation seitens Deutschlands angegriffen wird. Der gleiche Text wurde von Lloyd George unterzeichnet.

Der Völkerbund beginnt seine Arbeit am 1. September.

Genf, 1. Juli. Der Beginn der Tätigkeit des Sekretariats des Völkerbundes in Genf ist auf den 1. September vorgesehen. Oberst House ist zum ersten Vorsitzenden der amerikanischen Regierung am Sitze der Völkerbundsliga ernannt worden.

Heimkehr deutscher Orientruppen.

Hamburg, 1. Juli. Die mit den Dampfern „Konstantin" und „Christian" zurückkehrenden Orientkämpfer, 191 Offiziere und 5816 Mann, die am 10. Juni Constantinopel verlassen haben, werden nicht in Hamburg gelandet. Der Transport geht vielmehr nach Brunsbüttel und von dort nach der Landung nach dem Lockstedter Lager. Die Umleitung dieses Transportes ist auf die Hamburger Unruhen zurückzuführen.

Die türkische Friedensdelegation heimgeschickt.

Clemenceau hat am 28. Juni ein Schreiben an die türkische Delegation gerichtet, in dem er mitteilt, daß alle alliierten und assoziierten Mächte der türkischen Delegation für die der Friedensdelegation unterbreiteten Mitteilungen danken. Die Mitteilungen seien sorgfältig erwogen worden. Da sie jedoch internationale Fragen aufwerfen und die jetzige Beschlußfassung leider unmöglich sei, seien die alliierten und assoziierten Mächte in der Anschauung, daß eine Verzögerung unvermeidlich sei, der Ansicht, daß durch die Verlängerung des Aufenthaltes der Delegation in Paris zurzeit nichts gewonnen werde. Die alliierten und assoziierten Regierungen würden jedoch nicht versäumen, sich sofort mit der türkischen Regierung zu einem weiteren Gedankenaustausch in Verbindung zu setzen und versprechen sich davon günstige Ergebnisse.

Zur Lage im Reiche.

Die deutschen Universitäten an Hindenburg.

Der Rektor an der Universität Würzburg hat an den Generalfeldmarschall von Hindenburg im Namen sämtlicher Universitäten und technischen Hochschulen Deutschlands eine Kundgebung gerichtet. In ihr bezeugen die Universitäten dem Manne, der ruhmreich den Feldherrnstab geführt hat und ihn jetzt aus der Hand legt, noch einmal ihre Liebe und Verehrung. Sie entbieten ihm ihren ehrfurchtsvollen Gruß und Dank für alles, was er während des Krieges dem Vaterlande zuliebe tat. Auf diese Kundgebung antwortete der Feldmarschall mit einem Dankestelegramm.

Die große Vermögensabgabe.

Aus Berlin wird gemeldet: Die große Vermögensabgabe sieht, wie eine Korrespondenz wissen will, eine durchschnittliche Vermögensabgabe von 50 v. H. an das Reich vor. Die Abgaben werden voraussichtlich bei den Vermögen von 20 000 ℳ an mit 10 v. H. einsetzen und dann bei höheren Kapitalien und Vermögen staffelweise steigen. Die großen Vermögen werden mit 60—70 v. H. betroffen. Erzberger erwartet für das Reich bis 90 Milliarden, was etwa der Hälfte unserer Reichsschulden entspricht. Die Abgabe soll vor allem ermöglichen, daß das Reich einen großen Teil des Papiergeldes einziehen kann. Damit soll die Entwertung des Geldes vermindert werden.

Rückkehr der bayerischen Regierung nach München.

Die bayerische Regierung soll am 14. Juli ihren Sitz von Bamberg wieder nach München verlegen. Der bayerische Landtag soll, bis zu diesem Zeitpunkt seine dringlichsten Arbeiten beendet zu haben (was übrigens bezweifelt werden dürfte) und will dann im Herbst wieder in München zusammentreten.

Gegen die Auslieferung des Kaisers.

Wir werden um Veröffentlichung des Nachstehenden gebeten und erfüllen die Bitte hiermit:

An alle Deutschen!

Unsere Feinde fordern die Auslieferung des Kaisers und unserer Heerführer. Von all den schmachvollen und demütigenden Bedingungen ist dies die schlimmste, weil sie die erniedrigendste Ehre Erfüllung macht uns ehrlos für alle Zeiten! Wer noch einen Funken von Ehrgefühl hat, einerlei, welcher Partei er sonst angehört, muß sich dem widersetzen!

Unseren ehemaligen Kriegsherrn können wir jetzt mit unseren Leibern nicht schützen. In seine Auslieferung darf aber eine Volksvertretung und eine Regierung, die sich deutsch nennen, nimmermehr willigen. Und so werden wir auch alle unsere ruhmvollen Heerführer und Kameraden, die sich unter uns befinden, zu schützen wissen! Wir werden uns geschlossen zur Sie stellen!

Der Deutsche Offizier-Bund ruft allen Deutschen, die mit ihnen empfinden, zu: Schließt Euch zusammen zur Wahrung der Ehre des deutschen Volkes!

Verbilligte Lebensmittel.

Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung am Sonnabend die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für den auslänbische Zutuhren endgültig festgesetzt. Zu den Verkaufspreisen, welche die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden sollen, 80—85 Pfennig, statt bisher 2,20—2,50 ℳ.

Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit ¼ Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00—2,20 ℳ, statt bisher über 3 ℳ.

Hülsenfrüchte etwa 1,10—1,30 ℳ, statt 2,20 ℳ.

Ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Rationen verteilt werden muß, 4,50—5,00 ℳ, während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 ℳ für das Pfund gezahlt werden mußte.

Amerikanischer Speck, 125 Gramm je Kopf und Woche, 4,00—4,50 ℳ, statt bisher 7—8 ℳ.

Ausländisches Speisefett, 50 Gramm je Kopf und Woche, 5,00—5,50 ℳ, statt bisher 6—7 ℳ.

Ausländische Kartoffeln sollen so weit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandskartoffeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschlägischer Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung, wie bereits mitgeteilt, über 1½ Milliarden Mark betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen Opfer des Reiches sich in dieser Weise beteiligen werden, kann voraussagt werden, nachdem der preußische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

*

Der Verkehrsstreik in Berlin.

Nach den bestehenden Tarifen verdient ein Schaffner der Berliner Straßenbahnen ein Gehalt von 4000 ℳ, steigend bis 6000 ℳ. Die Führer beziehen ein Einkommen von 5100 bis 6312 ℳ, die Aufsichtsbeamten erhalten besondere entsprechende Zuschläge. Durch die völlig kostenlose Lieferung der Dienstkleidung werden diese Beträge nicht unerheblich erhöht. Bereits im Januar hatte das Personal der Straßenbahn eine Wirtschaftsbeihilfe von rund 500 ℳ erhalten. Dies alles sei nur als Tatsache mitgeteilt, um sich ein Urteil bilden zu können über die neuen Forderungen, die in der Hauptsache wiederum in einer sogenannten „Entschädigungssumme" oder „Wirtschaftsbeihilfe" oder wie man diese Summe sonst nennen will, gipfelt, und zwar werden diesmal 700 ℳ gefordert, und es wird gleich darauf hingewiesen, daß voraussichtlich am 1. Oktober wiederum die Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe in ähnlicher Höhe gestellt würde.

Aber wie gesagt, dies alles ist nur mitgeteilt, um ein Urteil über die materielle Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streiks ermöglichen zu können. Auch nach diesen Lohnverhältnissen kann es immerhin möglich sein, daß die Berechtigung der Forderungen anerkannt wird, denn Berlin ist teuer, und die verhältnismäßig hohen Lohnsätze können nicht einsach mit den Lebensverhältnissen in der Provinz in Einklang gebracht werden. Trotzdem handelt es sich bei dem neuen Verkehrsstreik um einen Streik, der willkürlich vom Zaune gebrochen ist. Eine kleine Minderheit hat wiederum eine große Mehrheit so lange bearbeitet, bis sie sich für den Streik entschieden hat. Man hat nicht abgewartet, noch einige Wochen warten zu können, trotzdem wahrscheinlich diese Wartezeit eine Klärung der Lage gebracht hätte, denn die Berliner Straßenbahn befindet sich nicht mehr in den Händen kapitalistischer Ausbeuter, sondern sie wird kommunalisiert. Wir können nicht annehmen, daß der Zweckverband Groß-Berlin an diesem seinem jüngsten kommunalen Kinde große Freude erleben wird, besonders wenn es unter so ungünstigen Zeichen das Licht der Welt erblickt. Das Vorgehen der Berliner Straßenbahner kann sogar in gewissem Sinne eine Hintertreibung der Kommunalisierung werden. Zum mindesten wird dieses Beispiel nicht nachahmenswert, und so viel sollten die Straßenbahner auch bedenken, es haben weder die Alliierte noch jetzt die Stadtverordneten allein zu entscheiden, sondern die Entscheidung liegt letzten Endes bei der Gesamtheit, daß die Fahrpreise wiederum verteuert werden sollen. Die von politischen Dunkelmännern aufgehetzten Straßenbahner kümmern sich auch gar nicht darum, daß sie ihren Streik in die ungünstigste Zeit verlegen. Der Eisenbahnerstreik ist so zusagen tot, es lebe der Verkehrsstreik! Armes Deutschland!

Hamburg vor der neuen Besetzung.

Der Einmarsch der Regierungstruppen in Hamburg wird, wie uns gemeldet wird, wahrscheinlich im Laufe der Nacht vor sich gehen. Er wird von vornherein in einer solchen Stärke erfolgen, daß jeder bewaffnete Widerstand keinen Erfolg haben wird. Der Einmarsch richtet sich in erster Linie gegen die während der Unruhtage erfolgte wilde Bewaffnung des Mobs, von dem alles zu befürchten stand, wenn sie nicht schleunigst wieder aufgehoben würde. Weiter hat der Einmarsch den Zweck, die Besetzung Hamburgs mit einer Truppe durchzuführen, die unter direkter Befehlsgewalt der Reichsregierung steht, wodurch die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Hamburg verbürgt ist. Es ist daher mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein Teil der Reichswehrtruppen dauernd in Hamburg verbleibt. Mit dieser Tatsache rechnet auch die hamburgische Parteiorganisation der Mehrheitssozialisten, die die Arbeiterschaft vor jeder Hetze warnt und einer reinlichen Scheidung von den Elementen das Wort redet, die sich nicht einschleichen können, sich auf den Boden der heute gegebenen Tatsachen zu stellen. Die Einwohnerschaft Hamburgs ist bereits alarmiert. Sie soll Dienstag früh um 5 Uhr auf ihren Alarmplätzen sich sammeln, um den einmarschierenden Reichstruppen sofort zur Verfügung zu stehen. Eine entsprechende Bekanntmachung erläßt soeben der Kommandant Lampl von Hamburg. Ein Großkampfflugzeug überflog in den Abendstunden die Stadt und warf Flugblätter ab, in denen die Bevölkerung über den Zweck der Besetzung aufgeklärt wird.

Im Laufe des Tages trafen in Hamburg zwei englische Kreuzer ein, auf denen sich eine Kommission befindet, die in Kiel und Hamburg die Werften und die Eiserne Torpedoflottille beschützen soll. Die Ankunft dieser Kreuzer hat nichts mit der augenblicklichen Lage in Hamburg zu tun.

Der Reichswehrminister hat zum Kommissar der Reichsregierung für die Zeit der Durchführung der über Hamburg verhängten Reichsexekution den Kommandanten von Groß-Hamburg Lampl ernannt. Dieser erklärt in einer Veröffentlichung, daß die Volkswehr Groß-Hamburgs für die Dauer der Anwesenheit des Korps Lettow beurlaubt wird. Die Mannschaften bezehren ihre Gebührnisse bis zum 31. Juli 1919 weiter, worauf die Entlassung vorgenommen wird.

Eine Ermordung von Freiwilligen in Bahrenfeld?

Durch den Verrat der Hamburger Volkswehr, die zu einem erheblichen Teile zu den Aufständischen übergegangen ist, waren auch die Bahrenfelder Freiwilligen, die die einzige zuverlässige Truppe in Hamburg sind, bestehend aus Studenten und Offizieren, in eine bedrängte Lage gekommen. Sie verloren 15 Gefangene, die in ein Hotel abgeführt wurden. Seit dieser Zeit hat man nichts mehr von ihnen gehört. Es ist leider zu befürchten, daß sie dem Haßgefühl gegen den Willen der unabhängigen und kommunistischen Führer zum Opfer gefallen sind, die selbst eifrig bemüht sind, die Vermißten ausfindig zu machen, um General von Lettow-Vorbeck einen Grund mehr zum Einmarsch zu nehmen.

Stockung der Minenräumarbeiten.

Hamburg, 1. Juli. Die 5. und 6. Minensuchflottille, zu der 32 Boote gehören, liegt seit einer Woche im Hafen von Cuxhaven und wird vorläufig zu Minenräumarbeiten nicht wieder auslaufen, da es den Schiffen an Kohle fehlt und der größte Teil der Mannschaften, von denen mehr als die Hälfte mit den Arbeitsbedingungen und den neuen Vorschriften über die Wiedereinführung der Gruppzeit usw. nicht einverstanden ist, zur Entlassung kommen wird. Infolge dieser Umstände, der Notwendigkeit, neue Mannschaften auszubilden und einzuführen, wird jedenfalls eine geraume Zeit vergehen, bis die Minenräumarbeiten im alten Umfange wieder aufgenommen werden können. Dies ist im Interesse der Sicherheit der Schiffahrt außerordentlich zu bedauern, und zwar um so mehr, als gerade die günstigste Jahreszeit für die Minenräumarbeiten dadurch verloren geht.

Neue Lebensmittelunruhen in Bielefeld.

Bielefeld 1. Juli. Die Unruhen wegen der hohen Lebensmittelpreise haben gestern eine Fortsetzung in verschärftem Maße erfahren. Es kam zu blutigen Zusammenstößen, bei denen von der Schußwaffe und von Handgranaten Gebrauch gemacht wurde. Einige Personen sollen getötet und annähernd 10 verletzt worden sein. Um die zweite Nachmittagsstunde war es den Kommunisten gelungen, sich der gesamten Waffenvorräte der Polizei und der Sicherheitswehr zu bemächtigen und das Rathaus zu besetzen. Die Spartakisten sind vollständig Herren der Situation.

Tumulte auch im rheinischen Industriegebiet.

Die in allen Teilen des Reiches hervorgerufenen Unruhen äußern sich auch im Industriegebiet in einer erhöhten Unsicherheit und stellenweisen Tumulten. Nachdem es vorgestern, wie gemeldet, in Bochum zu Plünderungen in Lebensmittelgeschäften gekommen war, wurden in Düsseldorf in den letzten Tagen mehrsach Regierungstruppen mißhandelt und ein Kriminalwachtmeister erschossen. Heute wurde über Düsseldorf wieder der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

Noch keine Ruhe in Kassel.

Der vor dem Kasseler Rathaus stehende Wachtposten der Stadtwehr wurde in der vergangenen Nacht von einer Anzahl junger Leute, die anscheinend aus dem Wirtshaus in angeheiterter Stimmung nach Hause wollten, belästigt und anscheinend auch bedroht, worauf er, nachdem seine Haltrufe nichts fruchteten, zunächst einige Schreckschüsse abgab. Dann aber, als die Leute auf ihn eindrangen, gab er scharfe Schüsse ab, wobei einer der Angreifer ein Oberleutnant, getötet und zwei andere Zivilpersonen, die an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn warteten, verwundet wurden.

Provinz und Umgegend.

Schwerer Unfall in Leipzig.

Als Montag abend die Wache an der Posthalterei am Täubchenweg in Leipzig aufzog, die von der 1. Sicherheitskompanie gestellt wurde und die Patrouille das Maschinengewehr lud, wie es befohlen war, gingen 15 Schüsse los. Das Schloß des Maschinengewehrs war in Unordnung geraten, und bei dem Versuch, es in Ordnung zu bringen, ereignete sich der Unglücksfall. Es wurden zwei Soldaten und ein junges Mädchen schwer, vier Soldaten leicht verletzt. Da andere Hilfe nicht zur Stelle war, legte ein Student der Medizin die Notverbände an. Es handelte sich meist um Oberschenkelverletzungen. Ein Soldat hatte einen schweren Rückenschuß. Der Getreite Seifert starb infolge allzu großen Blutverlustes. Ein schnell herbeigerufener Arzt aus der Dresdener Straße konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Es dauerte 1½ Stunden, bis die Sanitätsautos zur Stelle waren.

Merseburg und Umgegend.

1. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Beilage.)

** **Die Witterung dieses Sommers** scheint zurzeit vor einer entscheidenden Wendung zu stehen. Nach 14 Tagen Wärme hat sich neuerdings eine ausgesprochene Regenzeit eingestellt, und die Bestürchtung ist nicht unbegründet, daß diese sich, wenn auch unter allerlei Schwankungen, noch über einen langen Zeitraum hinzieht, womöglich bis in die Hundstage oder gar darüber hinaus. Hoffentlich erweist sich diese Vermutung recht bald als irrig: denn wenn gegenwärtig der Landwirtschaft die Niederschläge auch erwünscht gekommen sind, so bedürfen die Felder dringlich bemnächst doch wieder der Wärme und des Sonnenscheins, um zur Reife zu gelangen. Für den Augenblick bleibt aber jedenfalls die Tatsache bestehen, daß bem noch gar nicht abgewanderten Tiefgebiet über Nord- und dem östlichen Mitteleuropa, das die Regenfälle der letzten Woche verursacht hat, vom Nordwestre aus ein neues Tief unmittelbar gefolgt ist. Besonders ergiebig waren die Regenfälle vom Montag, die das Mittelmeer verbreiteter Landregen trugen. Es war das der Tag der Siebenschläfer, und wenn — was wir aber nicht hoffen wollen, — eine alte Bauernregel Recht behält, soll es danach noch sieben Wochen regnen. Eine nicht gerade erwünschte Aussicht. Über die Siebenschläfer-Regel hat ja nicht immer Recht behalten. Es kann auch anders kommen, wenn auch eine wesentliche Änderung der Witterlage für die nächsten Tage nicht hervorzusehen scheint. Übrigens ist es überall unter dem Einfluß der Regenperiode sehr kühl, was natürlich das Wachstum ebenfalls ungünstig beeinflußt.

** **Höchstpreise für gewisse Gemüse, keine Höchstpreise für Früchte.** Berliner, Hamburger und andere großstädtische Blätter berichten seit einiger Zeit über Höchstpreise, die örtlich oder bezirksweise von den amtlichen Stellen für einzelne Gemüsearten festgesetzt sind. Zunächst beruhen diese örtlich und bezirksweise getroffenen Preisfestsetzungen ausschließlich auf Anordnungen der Reichsstelle. Diese hatte ferner nur für solche Gemüsearten, die den Gegenstand von Lieferungsverträgen zwischen Gemeinden und Anbauern bilden können, und zwar für Erbsen, Bohnen, Kohlrabi, Zwiebeln, Kohl und Möhren Höchstpreise beschlossen. Denn ohne solche wäre der Abschluß und die Erfüllung von Lieferungsverträgen der wichtigsten Grundlage beraubt. Für andere Gemüsearten, als für diejenigen, über die Lieferungsverträge abgeschlossen werden können, sind Höchstpreise weder festgesetzt, noch in Aussicht genommen. Das Frühjahr hat die Reichsstelle, dem, seit dem Vorjahre nahezu allgemein geäußerten Bringenden Wunsch nach Wiedereinsetzung des freien Handels in seine alten Machtbefugnisse nachgebend, in diesem Jahre vor allen einschränkenden Bestimmungen freigelassen. Trotz der Unzuträglichkeiten, die an städtischen Frühbstmärkten in den letzten Tagen hervorgetreten sind, hat, wie wir zuverlässig hören, die Reichsstelle im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium bis jetzt ihren Standpunkt nicht geändert, im Vertrauen darauf, daß es der Selbstzucht des Handels gelingen wird, die Preisentwickelung schleunigst in gesunde Bahnen zu lenken.

** **Der behördlich genehmigte Schwindel.** Die „Weim. Landeszeitung Deutschland" schreibt: Schon tauchen wieder überall Anzeigen auf, in denen Kirschblätter und anderes Laub zu kaufen gesucht wird. Das Zeug ist natürlich für Tabak- und Zigarrenersatzstoffen bestimmt, die es zu den schamlosesten Wucherpreisen als Tabak und Zigarren weiter verkaufen. Es war ja wohl nicht zu umgehen, daß die Tabakvorräte gestreckt werden, als es gab, Millionen Stöbchen in den Schützengräben mit Rauchwaren zu versehen, aber die Fabrikanten begnügen sich nicht mit einer Streckung der Vorräte, sondern verfälschen ganz einfach das Buchenlaub als Tabak. Die Regierung sollte doch diesem unverschämten Schwindel ein Ende bereiten und vor allem auch die Preise in den Läden in bezug auf ihre Angemessenheit prüfen.

** **Eine Obstbude erbrochen** wurde in der Nacht vom 29. zum 30. Juni in der Clobicauer Straße. Die Einbrecher schleppten fast alles heraus weg, darunter ein Rad, Decken usw. Eine Kiepe wurde natürlich leer in einem Getreidefelde gefunden. Vermutlich kommen als Täter dieses wie auch so manchen anderen Diebstahls russische Kriegsgefangene in Betracht, die sich ohne Kontrolle auch nachts frei herumtreiben und dadurch schon zu einem großen Übel für die Bevölkerung geworden sind.

** **Viehdiebe** trieben auf dem Grundstück der Essenzenfabrik von B. Marcischeffel & Co. an der Lauchstedter Straße für Unmessen. In der Nacht vom 27. zum 28. Juni wurden dort dem Werkmeister Biertümpel zwei Kaninchen und dem Verkäufer Glöckner drei Hühner gestohlen. Die Diebe blieben unermittelt.

** **Die neuen Räumlichkeiten der städtischen Volksküche** in den Baracken an der Weißen Mauer sind am heutigen Dienstag in Benutzung genommen worden. Es sind helle große Räume, in denen das Essen für viele Hunderte unserer Einwohner zubereitet und verausgabt wird und auch eingenommen werden kann. Je ein Raum ist für Kinder und für die Erwachsenen hergerichtet worden. Blumen zieren die Tafeln in beiden Räumen und mit einer Wohlschmeckigkeit nähmen Groß und Klein hier das schmackhafte und reichliche Essen ein. Viele Familien lassen auch das Essen holen und die Straßen in der Nähe der Volksküche waren um die Mittagszeit dicht bevölkert. — Die Leitung der Volksküche hat Frau Bürgermeister Dr. Hecker inne, die mit Unterstützung treuer Helferinnen in vorbildlicher und anerkennenswerter Weise ihres schweren Amtes waltet, wie sie dies bereits in den verflossenen vier Kriegsjahren in der Kriegsküche des Vaterländischen Frauen-Vereins getan hat.

** **Kreisverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften.** Am Montag vormittag versammelten sich die Vertreter von 87 landwirtschaftlichen Genossenschaften des Kreises Merseburg in Müllers Krem-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0002

denhof zur Gründung des Kreisverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften für den Kreis Merseburg. Herr Dr. Müller-Halle vom Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften der Provinz Sachsen, begründete in längerer Ausführung die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Zusammenschlusses, der auch von der Versammlung gutgeheißen wurde und worauf die Gründung einstimmig erfolgte. Zum Vorsitzenden wurde Amtsvorsteher Niele-Starkebel gewählt, zu Ausschußmitgliedern Amtsvorsteher Weißhuhn-Wüschersdorf, Rittergutspächter Behling-Gensa, Weber-Großdörzschen, Lehrer Frenzel-Dorburg und Gutsbesitzer Enke-Löben.

** Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten (Ortsgruppe Merseburg) veranstaltet am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Casino hier eine öffentliche Versammlung, in der zwei Redner aus Halle über das Militärversorgungsgesetz und die reichsgesetzliche Regelung der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen sprechen werden. Der Besuch steht jedermann frei.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 2. Juli.)

Ausgabe. Mager- und Buttermilch in den Verkaufsstellen Krebschmar, Nätker, Schanze, Konsumverein (An der Geisel) und Kötteritzsch.

Roßfleisch auf Nr. 1301—1400 von 2—3 Uhr bei Hoffmann (Brühl 6).

Kirschen auf Abschnitt 100 für Lebensmittelhefte Nr. 3201 bis 5000 von 10 Uhr ab in allen Obstverkaufsstellen.

Sauerkohl, Kornfrank und Zichorie frei im Handel in allen Verkaufsstellen.

½ Pfund Weizenmehl, ½ Pfund Graupen, ½ Pfund Ausländsmarmelade und Fischheringe in Dosen.

Anmeldung: Abgabe der Bezugsscheine Nr. 5—7 und 94 am Mittwoch und Donnerstag. — Bezugsschein Nr. 6 in den Gast- und Speisewirtschaften.

§ Frankleben, 1. Juli. Ein Varitee- und Theaterabend findet am kommenden Freitag, abends 8 Uhr, in Siebecks Gasthof am Bahnhof statt, für den als ausführende Künstler die beliebten Thüringer Sänger gewonnen sind.

Wetterwarte.

B. W. am 2. 7.: Ziemlich kühl, meist wolkig bis trüb, windig, Regenfälle. — 3. 7.: Zeitweise heiter, meist wolkig, windig, kühl, Regenschauer. Abend ruhig und heiter, aber recht kühl.

Vermischtes.

Erdbeben in Italien.

Lugano, 30. Juni. Ein äußerst heftiges Erdbeben hat gestern ganz Toscana und Romana heimgesucht. Die Erschütterungen waren sowohl in Florenz wie in Venedig zu spüren. Am heftigsten wurde das sogenannte Mugellotal, das sich von Florenz in nordwestlicher Richtung gegen Faenza hinzieht, betroffen. Die Drahtverbindung dorthin ist unterbrochen, doch weiß man, daß eine Reihe von Ortschaften ganz zerstört sind. Die Zahl der Toten soll sich schon auf Hundert belaufen.

Die Erdbebenwarte Jugenheim bei Darmstadt registrierte am Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr 7 Min., 42 Sek. mitteleuropäischer Zeit beginnend, ein starkes Erdbeben in etwa 500 Kilometer Entfernung bei südlicher Richtung. Der Herd ist in Oberitalien am Südabhang der Alpen zu suchen.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von L. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Anzeigen.

Für die Aufnahme der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Dank.

Für die übermiesenen einhundert Mark zugunsten unseres in Gefangenschaft schmachtenden Sohnes Otto sagen wir hierdurch dem „Jugendverein Wüschdorf" unsern herzlichsten Dank.

Familie Karl Stange, Netzschkau.

Freiwillige Auktion.

Am Sonnabend, den 5. d. Mts., 9½ Uhr vorm., werde ich im Lokal „Thüringer Hof" hier nachstehende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar:
1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Lebensmittelschrank, 8 Stühle, 9 Stühle, 3 Tische, 3 gr. Bettstellen, 2 Nachttische, 1 Divan, 1 Nähmaschine, 1 zweisit. Gasherd mit Gestell u. Schlauch, 1 Fahrrad mit Freilauf, Mantelbereifung und Vorderschlauch; die Gegenstände sind gebraucht, aber noch gut erhalten. Ferner gelangen noch z. Versteigerung: 1 Billard, 1 Eisschrank, 1 Spielautomat mit Platten, 4 Fäß a 2 Ztr. Sauerkohl, 1 Weingmaschine und eine Barbiereinrichtung.

Albert Franke, beeidigter Auktionator.

Obstverpachtung.

Sonnabend, den 12. Juli 1919, nachm. 4 Uhr, soll das Obst der Gemeinde und das der Kirche gehörige öffentlich verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Creypau, den 30. Juni 1919.
Der Gemeindevorsteher.
Himmelreich.

Möbl. Zimmer an Herrn vom Leuna-Werke zu vermiet. Zuerfrag. in der Exp. d. Bl.

Wohnung, (Stube, Kammer u. Küche) zu sofort an ältere Leute zu vermieten. Off. unter A M 100 an die Exp. d. Bl.

Einf. möbl. Zimmer von jungem Herrn sofort gesucht. Angebote an Auto-Canel, Weißenfelser Str.

Junger Herr sucht sofort **Garçon-Logis**
Off. unt. MN 100 an die Exp. d. Bl.

Frdl. möbl. Zimmer sofort oder später gesucht. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Möbl. Wohn- u. Schlafzimmer z. 1. Aug. zu verm. (Nur an bessern Herrn.) Brotauffstraße 4.

Suche für sofort gut **möbl. Zimmer** wenn mögl. Schlaf- u. Wohnz. Off. u. W C an die Exp. d. Bl.

Möbl. Zimmer sof., mögl. mit voller Verpflegung ges. Off. u. K an die Exp. d. Bl.

Einf. möbl. Zimmer oder Schlafstelle zu mieten gesucht. Off. erb. an C. Haensch, Leuna-Werke, Abteilung Schuhmacherei.

2 Stuben, Kammer u. Küche von jungen Eheleuten ohne Kinder per Okt. od. früher zu mieten gef. Off. u. W 23 an die Exp. d. Bl.

Leere Stube od. 2 kl. Zimmer für sofort oder später zu mieten gesucht. Offerten unter „Leer" an die Exped. d. Bl.

Eine mittlere oder kleinere **Wohnung** für 1. August oder früher gesucht. Offerten unter M W an die Expedition d. Bl.

Verheirateter Beamter sucht für 1. Oktober d. Js. od. später **eine 4—5-Zimmer-Wohnung.** Offert. mit Preisangabe unter W D W an die Exped. d. Bl. erbet.

Hugo Hanke
Margarete Hanke
geb. Blobach

Paul Biebach
Helene Biebach
geb. Tünschel

Vermählte.

Merseburg, den 30. Juni 1919.

Am Freitag abend 11½ Uhr verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen eines Unglücksfalles auf seiner Arbeitsstätte im Leuna-Werk unser lieber Sohn und Bruder, mein innigstgeliebter Bräutigam, der Malergehilfe Alfred Eckardt im 21. Lebensjahre.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an

Carl Eckardt und Frau nebst Kindern.
Frieda Lühr.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

Die Beerdigung hat heute nachmittag 4 Uhr stattgefunden. Etwa noch zugedachte Kranzspenden bitte Unter-Altenburg 16, Hof, abzugeben.

Statt Karten.

Für die uns in sehr reichlichem Maße übersandten Geschenke und Gratulationen zu unserer Vermählung sagen wir allen auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

P. Peege und Frau
geb. Stahl.

Für die anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

Gustav Ronniger und Frau Selma
geb. Beine

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 2. Juli d. Js.
bei Hoffmann, Brühl 6
nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1301—1400 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

L A I 617/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 7. bis 13. Juli 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:
½ Pfd. Weizenmehl zum Preise von 1,12 Mk. auf Bezugschein 5,
½ Pfd. Graupen zum Preise von 22 Pfg. auf Bezugschein 6,
½ Pfd. Ausländsmarmelade z. Pr. a. 85 Pfg. auf Bezugschein 7,
Außerdem erhalten die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 7451—10000, zumeist der Vorrat reicht,
Fischheringe in Dosen zu den auf den Dosen aufgedruckten Preisen
auf Bezugschein 94 und zwar:
auf die Hefte Nr. 7451—8400 (5 Perf.) f. d. Haush. 1 Dose,
" " " " 8401—9300 (6—7) " f. d. Haush. 2 "
" " " " 9301—9700 (8—9) " f. d. Haush. 3 "
" " " " 9701—10000 (10 u. m. Perf.) f. d. Haush. 4 "

Sauerkohl unentgeltlich

Abgabe der Bezugsscheine Nr. 5—7 u. 94 am Mittwoch, den 2. Juli und Donnerstag, den 3. Juli d. Js.

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben: Bezugschein 6.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 4. Juli d. Js., bis mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware:
Von Donnerstag, den 10. Juli bis einschließlich Sonnabend, den 12. Juli 1919 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Den Verkaufsstellen ist verboten, die zugeteilten Waren schon vor Donnerstag jeder Woche zum Verkauf zu bringen.

Im freien Handel sind ferner von jetzt ab bis auf Weiteres in allen Verkaufsstellen zu beziehen: Kornfrank und Zichorie zum Preise von 58 Pfg. Sauerkohl wird an jedermann unentgeltlich verabfolgt.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

L A II 1867/19 Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Kirschen

auf Abschnitt 100 der neuen Lebensmittelhefte Nr. 3201—5000 am Mittwoch, den 2. Juli 1919 vormittags v. 10 Uhr ab in allen Obstverkaufsstellen:
Rauch, Markt 16.
Spetzler, Breite Straße 13.
Bergmann, Gotthardstraße 19.
Hesse, Neumarkt 20.
Lingel, Clobikauerstraße 9.
Brauer, Sand 8.
Schumann, Unter-Altenburg 37.
Jänger, Lindenstraße 15.
Vogel, Roßmarkt.
Steger, Weißenfelser Straße 40.
Kepper, Neumarkt 5.

Auf den Kopf der Bevölkerung wird, soweit der Vorrat z. Zt. reicht, 1 Pfund Kirschen zum Preise von 75 Pfg. verabfolgt. Der Verkauf wird je nach Eingang der Kirschen fortgesetzt. Besondere Bekanntmachung folgt.

Merseburg, den 1. Juli 1919.

L A II 1878/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die zur Ausgabe gelangenden Monatskarten der Ueberlandbahnen sind nur an Werktagen für je 2 Fahrten gültig.

Die Preise derselben betragen für 1—2 Teilstrecken Mk. 12.—, 3—4 Teilstrecken Mk. 17.—, 5—6 Teilstrecken Mk. 22.—, 7 Teilstrecken Mk. 25.—

Merseburger Ueberlandbahnen A.-G.

Die Hartobstnutzung der Menschauer Mühle bei Merseburg, (Gewehrlicht) soll Sonnabend, den 5. Juli 1919, nachm. 3 Uhr, öffentlich meistbietend im Geschäftszimmer der Mühle verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Feit, Menschauer Mühle.

4—5-Z.-Wohnung zum 1. Okt. oder später gesucht. Landesassessor Wachsmuth, Gutenberstraße 7.

S. z. 1. Okt. 1919 od. früher eine **Wohnung,** bestehend aus Stube, 2 Kammern, Küche u. Zubehör beim. Aufnahme in größere teilbare Wohnung. Off. mit Preisangabe an Geschäftsführer Baumann, Merseburg, Ober-Altenburg 30, erb.

Wohnung (5 oder mehr Zimmer) gesucht Rechtsanw. Meyer, Kl. Ritterstr. 7.

1—3-Familien-Haus zu kaufen gesucht. Offert. mit Preis erbeten an Wilh. Heidenreich, Leuna Werke, Abtg. Schuhmacherei.

3000 Mk. an 1. Stelle auszuleihen. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Ein Anzug zu verk. Unter-Altenburg 54, I.

Ein Anzug, fast neu, verkauft Annenstraße Nr. 29.

Schwarz. geschw. Gehrock für stark. Herrn, dto. Stehkragen 3—6 cm hoch (39—48), Inlett zu verkaufen Lindenstr. 17, 2 Tr.

Getragenes Lederkettchen mit Jackett, für kleinere Statur passend, zu verkaufen. Zu erfragen An der Geiseltal 6, 1 Tr.

Ein neues Korsett, Gr. 58, zu verkaufen Brotauffstr. 4, I.

1 P. hr. Herrenschuhe Gr. 43 zu verk. Clobikauer Str. 19, p. I.

1 P. schw. Sumtschuhe, Gr. 39, 1 eleganter Strohhut, 1 schwarze Crepe de chine-Bluse hill. z. verk. b. Herold, Gotthardstr. 39, 1 Tr. l.

2 P. Extra-Schaftstiefel (Boxcalf.) Gr. 43, zu verkaufen. Neumarkt 30

1 P. Herrenschuhe Gr. 39, zu verkaufen. Große Ritterstraße 2, 1 Tr.

Für Bräutleute!
1 guterhaltene grüne Plüschgarnitur, Divan, zwei Sessel sowie neuer Gebrauchszunge (Friedensware,) preisw. zu verk. bei Kluge, Halle, Leipzigstr. 10.

Gebraucht, gut erhaltenes braunes Rippsofa und passende Tischdecke zu verkaufen Georgstraße 5, 2 Tr.

Moderner, gut erhaltener **Kinderwagen** zu verkaufen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Gepolst. **Kinderklappstuhl** zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Neue große Wasch- (Brüh-) Wanne zu verkaufen Christianenstraße 8.

Eine neue Bettstelle zu verk. Ob. Breite Str. 6, 2 Tr.

Herrenrad m. Friedensgummi zu verkaufen Lauchstedter Straße 20.

Fast neuer mod. Kinderklappstuhl u. neue Militärstiefel Gr. 42 zu verk. Käh. Gleisstr. 3, 3 Tr.

Gut erhaltener Kinderwagen (Korbgeflecht) und Kaninchen zu verkaufen Bornwerk 4.

Eine Kommode zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

5 Zt. Kleeben, 1 Soldatenmantel, 1 Lederzieher zu verkaufen. Küsschen 38 a.

Ein 1½ jähriges **Stuten-Fohlen** (dunkel Fuchs) wegen Nachzucht zu verkaufen Zscherben Nr. 9.

6 Stck. flügge Gänse zu verkaufen. Menschau 66.

Ein Stamm Legehühner und 2 Ziegenkümmer sofort zu verkaufen Roter Feldmen 8.

Läufer-schweine verk. Fritz Erfurt, Clobikauerstr. 5.

Koffer, möglichst Rohrplatten, gesucht. Off. unt. „Koffer" an die Exp. d. Bl.

Gebr. kl. Küchenherd zu kaufen gesucht. Angeb. unt. L 100 an die Exp. d. Bl. erbet.

Suchen zum 15. September **Dreschlatz** zu leihen. Ungefähre Dreschmenge 2300 Ztr. Ammoniakwerk Merseburg, Leuna-Werke, Kantinenverwltg.

Pferde zum Schlachten kauft **Arthur Hoffmann,** Brühl 6, Roßschlächterei, Fernruf Nr. 264. Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtpferden.

Distels oder Grünes kauft zu jeder Zeit Kleine Ritterstraße 3.

Privatmittagstisch (bürgerliche Küche) ab 8. Juli gesucht. Offerten unter S S an die Exped. d. Bl.

100 Schock **Weißkohl-Pflanzen** zu verkaufen Pretzsch Nr. 8.

Ein Posten starke **Weißkraut-Pflanzen** zu verkaufen Zscherben Nr. 5.

Erbsenscholen verkauft Fritz Erfurt, Clobikauer Str. 5.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage haben wir Unlandstr. 6 (Rest. „Preußischer Adler") eine

Ankaufs-Filiale

eröffnet und geben somit den geehrten Einwohnern von Merseburg und Umgegend auch Gelegenheit, Ihre Abfälle zu hohen Preisen verkaufen zu können.

Wir zahlen

Wirtschaftslumpen	kg. 30 Pf.	woll. Strumpfabfälle	kg. 3 M.
Knochen	„ 14 Pf.	Schafwolle	„ 4-6 M.
Sackzeug	„ 14 Pf.	Neutuchabfälle	„ 7 M.
Papierabfälle	„ 8 Pf.	Messing	kg. 1,00 M.
Bücher, Zeitungen	„ 16 Pf.	Rotguß	„ 1,60 M.
Schmiedeeisen	„ 4 Pf.	Kupfer	„ 1,80 M.
Maschinenguß	„ 10 Pf.	Blei und Zink	„ 0,60 M.
Ofenguß	„ 6 Pf.		

Händler erhalten Extrapreise

Theuring & Ackermann.

Auf Wunsch kostenlose Abholung.

Jeder Leser, wer uns Inserat und 10 Klgr. Waren außer Papier, Eisen, Knochen, mitbringt, erh. 1 M. extra.

Frische grüne **Schoten** gibt ab **Fr. Freygang,** Telephon 424 Gr. Ritterstr. 7.

Zur Ausführung von **Maler-arbeiten** mit Ersatz- oder Friedens-Material empfehlen sich **Fritz u. Hermann Dietrich,** Friedrichstraße 16/18.

Frische **Schoten** a Pfund 60 Pf. täglich frisch bei **Emil Wolff.**

Wichtig für Landwirte und Fuhrwerksbesitzer!

Verkauf von Heeresfahrzeugen

(schwere und leichte Feldwagen)

findet Freitag, den 4. Juli 1919, im **Traindepot in Merseburg** (Gefangenlager) — Erste Haltestelle der Fernbahn Merseburg-Weißenfels — von vormittags 9 Uhr ab, statt.

Reichsverwertungsamt
Zweigstelle Halle.

Die Unterzeichneten halten vom 7. ds. Mts. an ihre Kassen und Tresors für den öffentlichen Verkehr wie folgt geöffnet:

Vormittags von ½9 bis 1 Uhr,
nachmittags von 3 bis 5 Uhr,
Sonnabends von ½9 bis 1 Uhr.

Merseburger Vereinsbank, E. G. m. b. H. Merseburg.
Mitteldeutsche Privat-Bank, Akt.-Ges., Zweigniederlassung Merseburg.
Friedrich Schultze, Merseburg.

Fürsorge-Vermittlungsstelle Merseburg der Kriegsamtstelle Magdeburg. Rat und Auskunft für alle arbeitenden Frauen u. Mädchen über Arbeit, Kinderversorgung, Wohnungsangelegenheiten u. dergl. Sprechstunden täglich von ½1—2 Uhr in der Geschäftsstelle Unt.-Altenburg 16, Hof, 1 Tr. (Mittelstandsküche)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0003

Reichsbund der K., K. u. K.
Ortsgruppe Merseburg. — Sektion Leuna.
Donnerstag, 3. Juli 1919, abends 8 Uhr, i. Saale d. Casino

Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung:
Militärversorgungsgericht und Reichsgesetzliche Regelung der Fürsorge.
Referent: Kam. Dietz, Leiter der amtl. Fürsorgestelle Halle und Bartels, 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Halle.
Das Erscheinen sämtlicher Kriegsbeschädigter, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen ist dringend erwünscht. Hierzu laden wir die Behörden, städtischen Körperschaften sowie Vertreter sämtlicher Organisationen aufs herzlichste ein. Der Vorstand. J. A.: Wojniak.

Von Dienstag, den 1. Juli, und Mittwoch, den 2. Juli, abends 8¼ Uhr, finden

Blanckestr. 1
Evangelisations-Versammlungen
statt. Die Themen lauten: „Der stärkste Magnet", „Endgültiger Friede". Redner: Prediger Gustav Nagel aus Siegen. Jedermann freundlichst eingeladen. Eintritt frei.

Dauerwäsche

bester Ersatz für Leinenwäsche
Kalt abwaschbar! Keine Papierwäsche!
In vielen Formen und Weiten empfiehlt
Max Käther,
Schmale Straße 21.

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz,
sowie großes Lager eichener und kiefernner Pfostensärge
Metall-Särge.
Sarg-Magazin von Gebr. Scholtz,
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Keine Wanze mehr für M. 2.—
nur mit Kammerjäger Berg's Nickodsal i u. II zu erzielen.
Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesetzlich geschützt. Viele Dankschreiben. Doppelpack. M. 2.—. Ausreichend für 1—3 Zimmer und Betten. **Alleinverkauf** Centraldrog. R. Kupper, Markt 17. Bei Eins. v. M. 2.40 oder Postscheckkonto Berlin 31286 portofreie Zusendung durch **Herm. A. Groesel**, Berlin, Königgrätzer Strasse 49.

Habe meine Vormittags-Sprechstunden auf 9—11 Uhr verlegt.
Dr. Kimbron, Arzt,
Weiße Mauer 14.

Landes-Jäger-Korps

Reichswehrbrigade XVI.
Schüler der oberen Klassen der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen haben noch einmal Gelegenheit, die Vergünstigungen des Erlasses des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 19. 4. 1919 zu erlangen, wenn sie sich **sofort** zum Eintritt melden **Einberufung** nach Naumburg erfolgt erstmals 1 August. Annahmeschein wird nach Eingang der Meldung zugesandt. — Telegraphische und briefliche Anmeldungen an **Hauptmeldestelle, Berlin-Lichterfelde-Ost,** Wilhelmstr., Ecke Goethestr.

Kraftfahrzeugführer
werden jederzeit ausgebildet in der
Automobilführerschule
Gustav Engel
Fernr. 203. Merseburg a. S. Fernr. 203.

Bezirks-Vertretung
alter renommierter Firma
zwecks Alleinverkaufes eines zum Patent angemeldeten, gesetzlich geschützten Massenartikels, der von Behörden, industriellen und privater Seite seiner hervorragenden Eigenschaft wegen und aus Sicherheitsgründen gekauft wird, zu vergeben. Nach Durchführung der Organisation wird hohes Einkommen garantiert. Es wird Wert auf dauernde, angenehme Geschäftsverbindung gelegt. Nach Selbständigkeit strebende, gewandte, kaufmännisch gebildete Herren, denen ca 1500—2000 M. Betriebskapital zur Aufnahme ihrer Tätigkeit zur Verfügung stehen, wollen Offerten unter S T an die Exped. d. Bl. richten.

Gespanne
für landwirtschaftliche Arbeiten werden vergeben. Zu erfragen Hallesche Straße 90.

Fuhren aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt **Emil Jentsch,**
Neumarkt 76.

Wäsche zum Plätten
wird angen. Lauchstedter Str. 12

Schönschreiben?
Off. u. K G 452 an d. Exp. d. Bl.

Privat-Unterricht
in Englisch, Französisch u. and. Lehrfächern, sowie Nachhilfestunden (Mathematik bis 2. Lyzeumskl.) erteilt Anna Treuding, für höhere Mädchensch. geprüfte Lehrerin, Poststraße 4, part.

Heirat.
Handw., 33 J., vermögend, sucht Bekanntschaft mit anständ. Mädchen od. kinderloser Witwe zw. späterer Heirat. Weite Off. unter H 33 an die Exp. d. Bl.

Herr, Anfang 30er Jahre, **sucht Damenbekanntschaft zwecks späterer Heirat.** Witwe mit Kind angenehm. Offert. m. Bild unt „30" an die Exp. d. Bl.

Bäcker,
21 J. a., selbst. Arb. gem., sucht Stellung. Ang. an **Paul Hüne, Halle a. S.,** Harz 50.

Achtung Landwirte!
Langjähr. landwirtsch. Arbeiter, von auswärts, der noch männliches Personal stellen kann, auch guter Pferdepfleger, sucht zu Okt. Arbeit auf Gut bei Wohnung und Deputat. Gefl. Ang. unter L B 100 an die Exp. d. Bl.

Junges Mädchen
aus guter Familie sucht Beschäftigung irgendwelcher Art. Offerten erbitte an Zimmermann, Klein-Corbetha.

Dramatischer Klub „Mignon".
Mittwoch, den 2. Juli, abds. 7½ Uhr
Monats-Versammlung im Strandschlößchen.
Pünktliches Erscheinen erforderlich. Der Vorsitzende.
N. B. Damen und Herren, welche evtl. gewillt sind dem Klub beizutreten, finden jederzeit herzliche Aufnahme. Anmeldung werden in der Versammlung entgegen genommen.

NORMANIA
Monats-Versammlung
Mittwoch, d. 2. Juli, 7½ U. im Vereinslok. Halb. Mond.
D. Vorstand.

Damen-Kostüme
Jackenkleider
(Reichsware)
M. 90.— bis M. 180,—
schwarze Kostüm Röcke
(Reichsware), aus reinwollenen Tuchstoffen
M. 67,—
Kinder-Kleider
(Reichsware), in verschiedenen Größen
M. 12,— bis M. 25,—
Otto Dobkowitz Merseburg

Vereinigung z. Verwertung v. Schlachtpferden
Halle a. S. : e. G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.
Telegramm-Adresse: Schlachtpferde. Fernruf 1029.
Wir sind dauernd Abnehmer von
Schlachtpferden jeder Anzahl
und bitten die Herren **Landwirte** und **Pferdebesitzer** höflichst um
Angebote
an **uns direkt** oder an **unsere Mitglieder.**
Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Za. 15 Arbeiter
zum Straßenbau in der Gartenstraße werden sofort eingestellt. Bernhard Löther, Sand 13.

Zuverlässiger
Geschirrführer
sofort gesucht.
L. Weniger, Ob. Breite Str. 5.

Einige
Kirschen-Pflücker
werden eingestellt
Kirschstraße Frankleben

Achtung.
Mehrere Leute zum Kirschenpflücken stellt bei hohem Verdienst ein
Kirschplantage Atendorf.

Kochlehrling
für die Vereinsküche des Vaterländischen Frauenvereins wird angenommen. — Meldungen vormittags von 10—11 Uhr bei Frau von Wangelin, Wilhelmstraße 2, oder bei Frau Alter, Weiße Mauer 16.

Zuverlässiger
Bierfahrer
sofort gesucht
Bürgerliches Brauhaus.

Schuhmacher-Geselle
sucht Beschäftigung, am liebsten Reparaturen auß d. Hause. Offert unter H 850 an die Exped. d. Bl.

Schälfrauen
werden sofort eingestellt.
Städtische Volksküche, Weiße Mauer.

Plätterin
sofort gesucht.
Otto Zielke,
Färberei u. chem. Waschanstalt.

Stenotypistin
mit guter Handschrift für unser Betriebsbüro zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote an
Blancke-Werke, Merseburg.

Ein sauberes, kräftiges
Mädchen,
am liebsten vom Lande, nicht über 17 Jahre alt, wird sof. ges. A. Wippich, An der Geiseltal 4.

Hermann Schladitz
Uhrmacher
Großes Lager moderner Uhren
Zeitgemäße Schmucks Bestecke Optische Artikel
Kl. Ritterstr. 11
Fernsprecher 472

Funkenburg
Freitag, den 4. Juni, abends 8 Uhr
Garten-Konzert
des Seifert-Orchesters, Halle, unter persönlicher Leitung d. Musikdirektors R. Seifert, bayerischer Musikmeister a. D.
— Eintritt 1 M. —
einschl. städt. Kartensteuer.
Bei ungünstiger Witterung im Saale.

CASINO.
Mittwoch, 2. Juli abds. 7 Uhr
BALL
der St. A. d. L. J. K. Es ladet ein Otto Seym.

Cinophon-Theater,
Gr. Ritterstr. 1. — — Fernruf 215.
Ab Dienstag bis Donnerstag:
Der Fall Routt!
Aeußerst spannendes Detektivdrama in 4 Akten. In der Hauptrolle Mogens Enger
Lukas, Kapitel 15!
(Der verlorene Sohn)
Drama in 4 Akten mit Friedrich Zelnik als Hauptdarsteller.
Fräulein Hochhinaus!
Reizend. Lustspiel mit Thea Steinbrecher.
Anfang 7½ Uhr.
Ab Freitag — — Ab Freitag
Der Hund von Baskerville!
— 2. Teil. —

Am 2. Juli, abends 7½ Uhr
findet im Saale des Neuen Schützenhauses ein
Vortrags-Abend von Musikschülern
der Frau Professor Dr. Kelbe-Postler statt.
Zum Besten der Gefangenen!
Karten zu 1,20 M., inkl. Steuer, sind bei Herrn Kaufmann Frahnert, bei Herrn Kaufmann Dorn, bei Frau Prof. Dr. Kelbe-Postler und abends an der Kasse zu haben.

Sportverein Kötzschen-Beuna
Sonntag, den 6. Juli, nachm. 3 Uhr
Sommerfest
verbunden mit Preiskegeln
: und Blumenverteilung. :
Dazu ladet freundlichst ein
Der Vorstand. Fr. Zätsch.

RATSKELLER Merseburg.
Donnerstag, den 3. Juli d. J.
Künstler-Konzert
ausgeführt von Mitgliedern der Landesjäger-Kapelle.
Anfang ½8 Uhr. □ O. Kießler. □ Ende 11 Uhr.

Frankleben Siebeck's Gasthof am Bahnhof
Freitag, den 4. Juli, abends 8 Uhr,
großer Varietee- und Theaterabend
ausgeführt von den überall mit größtem Erfolg auftretenden, beliebten Thuringia-Sängern, 4 Herren, 4 Damen. Nur wirklich gute Kräfte. U. a.: Humoristischer Wechselgesang, Trios, Duette, Soli rc. Zwei tolle Possen. Prima Komiker und Humoristen, elegante Kostüme. Um gütigen Zuspruch bitten
Die Direktion. Siebeck, Gastwirt

Sofort oder später
ein ordentl. Mädchen
gesucht.
Kundt, Gotthardtstraße 13.

Aufwartung
für einige Stunden vorm., sucht Schumann, Gutenbergstr. 10, I.

Aufwartung
wird gesucht.
Fornecke, Markt 16, 2 Tr.

Aufwartung
für besseren Haushalt von zwei Personen für einige Vormittagsstunden sofort gesucht.
Clobikauer Str. 8, 2 Tr.

Aufwartung
gesucht Weißenfelser Str. 40

Eine Aufwartung
sucht bei gutem Lohn
Frau Bodenstein, Poststr. 4.

Saub. Aufwartung
für täglich einige Vormittagsstund. ges. Blumenthalstr. 4, 2 T.

Aufwartung
für einige Stunden vorm., sucht Schumann, Gutenbergstr. 10, I.

Aufwartung
gesucht Weißenfelser Str. 40

Braune Handtasche m. Inhalt v. Schkop. b. Merseb. verl. Geg. Belohn. abzug. Merseburg, Tiefer Keller 5.

Am Sonntag abend in Kötzschen (Kokes Gasthof) grüner Hut mit schwarzem Flor vertauscht. Bitte umzutauschen Leuna Nr. 23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 143 — Mittwoch, den 2. Juli 1919 — 45. Jahrg.

Provinz und Umgegend.

† **Halle**, 1. Juli. Zum Direktor unseres Zoologischen Gartens ist Dr. Kniesche, z. Zt. 1. Assistent des Leipziger Zoo, gewählt worden. Er beginnt seine hiesige Tätigkeit schon am 1. Juli. — Der Münchener Privatdozent Dr. phil. Hans Burgeff hat eine Berufung als Extraordinarius für Botanik und Pharmagnostik an die Universität Halle als Nachfolger Wills, Auslands erhalten.

† **Halle**, 1. Juli. Stadtrat Kinne wurde einstimmig zum zweiten Bürgermeister von Frankfurt (Oder) gewählt.

† **Weißenfels**, 1. Juli. Heute begeht Seminarlehrer Stoffel sein 50jähriges Amtsjubiläum. In einer seltenen geistigen und körperlichen Frische ist der 75jährige Jubilar die Zierde unseres hiesigen Lehrerseminars, an dem er schon 28 Jahre lang segensreich gewirkt hat, und zwar stets als Vertreter des Hauptfaches Deutsch. In dankbarster Verehrung gedenken heute seiner eine Unzahl alter Schüler, auf deren Lippen der Name Stoffel mit Liebe und Ehrfurcht schwebt in Erinnerung der Zeiten, da er ihnen Begeisterung für alles Edle, Deutsche erweckte. Aber nicht allein durch seine Lehrtätigkeit in Rhydt und hier ist er der verehrte Lehrer Tausender Schüler geworden, seine Schriften, seine Vorträge und seine Tätigkeit für das Wohl der gesamten Lehrerschaft haben seinen Namen weit über seinen Amtswirkungskreis hinaus berühmt gemacht. Jahrelang war er Vorsitzender des hiesigen Lehrervereins, dessen Ehrenmitglied er ist, und ebenso stand er jahrelang dem Gauverband der Lehrervereine a. d. mittleren Saale vor. Erst neuerdings wieder hat ihn der Seminarlehrerstand in den Lehrerbildungsrat gewählt. „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis," dies Schillerwort läßt sich wohl auf den verehrten Jubilar anwenden, segne ihn Gott auch fernerhin in Amt und Haus. (Z. T.)

† **Naumburg**, 1. Juli. Zur Frage „Großthüringen" wird dem „Naumburger Tageblatt" geschrieben, daß sich eine Ehe sich wirtschaftlich am besten stellen würde, wenn es sich an die Provinz Sachsen anschlösse und beiden sich noch Anhalt zugesellte. Nach der Reichsverfassung würden die preußischen Provinzen Vertretung im Reichsrat und volle Selbstverwaltung mit eigenen Landtagen erhalten. Sachsen-Thüringen-Anhalt würde wirtschaftlich unabhängig sein.

† **Zeitz**, 31. Juni. Am Freitag mittag wurde auf dem belegten Kassenboten der Riebeckschen Montanwerke ein Raubüberfall verübt. Der alte Mann ging, wie schon seit Jahren, mit 3000 ℳ Lohngeldern von der Grube „Germann" nach der Ziegelei Aue, als aus dem Kornfeld ein Mann mit einer Larve vor dem Gesicht auf ihn zusprang und ihm mit vorgehaltenem Revolver das Geld abnahm. Dann verschwand der Räuber im Korn. — Der Abgeordnete zur preußischen Landesversammlung Eisenbahngüterverwalter Höfler ist als Güterverwalter nach Erfurt versetzt worden. — Die 30 ländlichen Genossenschaften im Kreise Zeitz haben sich zu einem Kreisverband vereinigt. Vorsitzender ist Lehrer P. Pfeiffer in Hainichen.

† **Meiningen**, 1. Juli. Veranlaßt durch das Reichswehrministerium hat der Gesamtstaatsrat sich abermals mit der Frage der Errichtung von Einwohnerwehren beschäftigt. Nach reiflicher Erwägung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte ist der Gesamtstaatsrat, an dessen Ansprache ein Delegierter des Reichswehrministeriums teilnahm, auch jetzt wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß für unser Land die Errichtung von Einwohnerwehren sich nicht empfiehlt. Der Gesamtstaatsrat hat vielmehr zu allen Teilen der Bevölkerung das feste Vertrauen, daß Ruhe und Ordnung nirgends gestört werden.

† **Jena**, 1. Juli. Wenn man keine Zeitung liest! In einem ländlichen Nachbarorte besitzt ein — übrigens nicht unvermögender — Einwohner die Gewohnheit, die kleine Ausgabe für eine Zeitung zu sparen. Er weiß kaum etwas von den völkerstürzenden Ereignissen; sein ganzes Trachten ist laut „Jenaer Volksblatt" darauf gerichtet, Schätze zu sammeln, die gerade im Zeitalter des Papiergeldes leicht von den Motten zerfressen werden können. So kam es, daß der Mann nichts gelesen hatte von der Verordnung des Gemeinderates Jena, wonach der Zeitraum des Umtausches der Hüttenscheine verlängert wurde. Der eifrige Sammler dieser bunten Scheinchen hat erst jetzt die Erfahrung machen müssen, daß seine Lieblinge längst außer Kurs gesetzt wurden. Wer den Schaden hat . . .

*

Ein Beitrag zur „Sozialisierung".

Jena, 1. Juli. Die Arbeiterschaft der Firma Carl Zeiß hatte unter Beitritt einer am 25. März d. J. abgehaltenen Beamten- und Angestelltenversammlung die sofortige Sozialisierung des Stiftungsbetriebes der Firma Carl Zeiß und die sofortige Einsetzung eines Betriebsrates mit weitgehenden Vollmachten beantragt. Dieser Antrag ist von der weimarischen Regierung in wiederholten Beratungen eingehend geprüft worden, wobei auch den Organen der Carl Zeiß-Stiftung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben war. Sie hat jetzt eine Entscheidung getroffen, in der es heißt:

Die Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach ist nach reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht in der Lage, im Sinne der geforderten Sozialisierung des Betriebes der Firma Carl Zeiß etwas zu verfügen. Denn nach dem kürzlich erlassenen Sozialisierungsgesetz ist die Vergesellschaftung wirtschaftlicher Unternehmungen ausschließlich Sache des Reiches, nicht der Einzelstaaten. Außerdem ist nicht recht verständlich, was die Antragsteller mit der Sozialisierung, die sie wünschen, meinen. Denn die unter der Firma Carl Zeiß betriebene optische Werkstätte ist schon seit dem Bestehen der Carl Zeiß-Stiftung ein sozialisierter Betrieb. Der unvergeßliche Mitbegründer der optischen Werkstätte, Professor Ernst Abbe, hat, indem er ihren gesamten Besitz an Kapitalien, Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und sonstigen Produktionsmitteln in das Eigentum der vom Staate beaufsichtigten Stiftung überführte und ihre Erträgnisse ausschließlich dem Wohle der Werksangehörigen und dem Gemeininteresse dienstbar machte, die Vergesellschaftung des Unternehmens bereits durchgeführt. Er hat dies getan zu einer Zeit, wo der Gedanke des Sozialisierung noch nirgends verwirklicht war, und in einer Form, die auch heute als vorbildlich anerkannt wird. Die Regierung sieht sich veranlaßt, hierauf besonders hinzuweisen, weil nach ihrer Meinung es schon die schuldige Achtung vor dem Andenken Ernst Abbes verbietet, an seinem Lebenswerk Änderungen vorzunehmen, die mit seinem wohlüberlegten Willen nicht in Einklang zu bringen sind.

Die Sache erinnert an die Geschichte von der 48er Revolution in Hamburg. Damals rückten dort, angeseuert durch die Meldungen aus Berlin und Wien, Hafenarbeiter vor den Senat. „Was wollt ihr denn?" — „Wir wollen eine Republik!" — „Ihr habt doch schon eine!" — „Denn wolln wer noch eene hebben . . ."

Merseburg und Umgegend.

1. Juli.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

Der Hochsommermonat.

Astronomisch hat das Jahr mit Beginn des Juli seinen 4. höhepunkt erreicht, oder vielmehr schon überschritten. Langsam, aber unaufhaltsam schreitet die Sonne abwärts und verkürzt damit die Länge der Tage im Laufe des Monats um mehr als eine Stunde, so daß auch die Mitternachtsdämmerung wieder zum Schluß verschwindet. Der Hochsommer, der mit dem Juli einsetzt, ist bei uns, ähnlich der Witterung in den Tropen, die regenreichste Zeit des Jahres, nicht sowohl durch die Dauer, sondern durch die Menge der Güsse, die uns durchschnittlich 10 Regentage, verstärkt durch 5 Gewitter, bescheren. Längere Dürreperioden, wie sie in diesen Gegenden im Mai und Juni auftreten, bleiben aber auch im Juli unliebsame Erscheinungen. Im allgemeinen bringt der Juli die höchsten Tagestemperaturen und diese nehmen für gewöhnlich bis zum Ende des Monats, an dem die Hundstagsperiode beginnt, zu. Der tägliche Wärmeüberschuß geht in den kurzen Sommernächten noch nicht verloren, vielmehr wächst er zunächst noch. Wenn auch die Wärme des Tages oft drückend schwül ist, so bewirkt doch die hohe Temperatur im Verein mit der durch reichliche Niederschläge erzeugten Feuchtigkeit des Erdbodens das üppige Gedeihen in der Vegetation. Das Getreide reift der Ernte entgegen und die Obstbaumsträucher runden sich. Die Wiesen harren des erneuten Schnittes. Gar lange dauert es dann nicht mehr und wir blicken wieder über Stoppelfelder in die Ferne, hoffend, daß das welkende Jahr ein neues, besseres gebiert.

*

** 50jähriges Arbeitsjubiläum. Wiederum, am 28. Juni 1919, konnte ein bewährter Veteran der Arbeit aus dem Personal der Firma C. W. Julius Blancke u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, nämlich der Dreher Wilhelm Weise auf eine 50jährige Tätigkeit im Dienste dieser Firma zurückblicken. Zahlreiche Glückwünsche und Ehrungen verschiedener Art gingen dem Jubilar aus weiten Kreisen zu. Die Firma Blancke gab ihrer Anerkennung für die vom Jubilar so lange Jahre hindurch geleisteten treuen Dienste u. a. Ausdruck durch Überreichung eines namhaften Geldgeschenkes.

** Die Güterperre nach und durch den Direktionsbezirk Erfurt ist von heute ab aufgehoben.

** Die Kanalisierung der Saale. Von dem Ausschuß für die Saalekanalisierung und den Elster-Saale-Kanal ist der Handelskammer eine Denkschrift über die Kanalisierung der Saale nebst 19 Lageplänen, einer Überschlagsskarte und einem Querschnittsdurchschnitt übersandt worden. Interessenten können die Denkschrift nebst Anlagen während der Dienststunden der Handelskammer zu Halle einsehen.

** Postverkehr mit Polen. Nach und aus Polen, sowie dem unter polnischer Verwaltung stehenden, nach Osten bis zum San reichenden Westgalizien, können gewöhnliche Briefsendungen versandt werden. Die Sendungen werden über die tschecho-slowakische Republik oder Deutschösterreich geleitet.

** Sicherstellung der Ernährung für Erntearbeiter. Zur Bekämpfung des Schleichhandels und zur Kontrolle der Ablieferungspflicht und des Verkehrs mit Lebensmitteln sind nach den Richtlinien des Reichsernährungsministeriums Kontrollkommissionen ins Leben gerufen worden. Ihre Mitglieder — Vertreter aus Verbraucherkreisen der Ortsbehörde, insbesondere Vertreter der werktätigen Bevölkerung — sind Hilfsorgane der Polizeiverwaltung und werden über ihre Pflichten und Rechte durch Dienstanweisung belehrt. Das Reichsernährungsministerium hat durch Rundschreiben vom 7. Juni die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, Belehrungen der Kontrollkommissionen dahin zu veranlassen, daß den Landwirten an Getreide, Kartoffeln usw. über den Bedarf der angenblicklich beschäftigten Selbstversorger hinaus genügende Mengen für den in der Erntezeit zu erwartenden Mehrbedarf belassen werden. Die Landwirte müssen die Möglichkeit behalten, ausreichende Hilfskräfte während der Erntezeit einzustellen. Die genügende Zahl von Arbeitskräften für die Erntearbeiten kann aber nur dann erhofft werden, wenn deren ausgiebige Ernährung mit Selbstversorgerrationen zweifelsfrei sichergestellt ist.

** Die Baukostenzuschüsse des Reichs für Behelfsbauten und Notwohnungen. Zur Gewährung von Baukostenzuschüssen zwecks Wiederbelebung der Neubautätigkeit und der Herrichtung von Behelfsbauten und Notwohnungen sind im ganzen 500 Millionen ℳ zur Verfügung gestellt worden. Es sind besondere Bestimmungen ergangen, die die Begriffe „Behelfsbauten" und „Notwohnungen" näher umschreiben. Danach sind als erstere Bauwerke anzusehen, die nach der Art ihres technischen Aufbaues und der Natur der verwandten Baustoffe auf eine geringere als die für Wohngebäude im allgemeinen übliche Lebensdauer berechnet sind, insbesondere gehören hierher Holzbauten, Baracken und dergl. Als Notwohnungen sind Wohngelegenheiten anzusehen, die infolge des Umbaues oder der Instandsetzung von an und für sich für den dauernden Aufenthalt von Menschen geeigneten, aber bauvorläufig nicht von vornherein dafür zugelassenen Räumen, vorübergehend für Wohnzwecke herangezogen werden. (Einrichtung von Dach- und Kellerwohnungen und dergl.) Zu den Notwohnungen sind auch Wohnräume zu rechnen, die infolge Umwandlung von Läden entstanden sind.

** Der Verein ehemaliger Schüler der landwirtschaftlichen Winterschule zu Merseburg hielt am 29. Juni, dem Tage der 25. Wiederkehr des Stiftungstages, eine Mitgliederversammlung mit anschließendem Gartenkonzert in der „Gesellschaftsbrauerei" zu Halle ab, an der sich 850 Mitglieder, Angehörige und Gäste beteiligen. Nach einer herzlichen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Winterschuldirektors Dr. Orphal, warf dieser einen Rückblick auf die Zeit des Bestehens und gedachte besonders der Begründer des Vereins, von denen noch 15 dem Verein angehören und die auf seinen Vorschlag hin zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden. Es feierte insbesondere den verstorbenen Schriftführer des Vereins, Herrn Lüxtendorf-Merseburg und ehrte auch dessen Prokuristen, Herrn Fischer-Merseburg, der ihm während der ganzen Dauer seines Amtes sehr unterstützt hatte und der seitdem dem Vereins bis zur Vollendung des 25jähr. Bestehens weitergeführt hat. Eine besondere Ehrung wurde auch dem Redner durch die Ernennung zum Ehrenmitglied und durch die Überreichung eines Geschenkes zuteil. Der Vorsitzende erwähnte auch die Winterschule selbst. Trotz Errichtung mehrerer neuer gleichartiger Schulen, die er mit Freuden begrüße, seien verhältnismäßig schon viele Neuanmeldungen für die Unterklasse erfolgt und von 43 letztjährigen Schülern der Unterklasse wären schon 30 Wiederanmeldungen für die Oberklasse zu verzeichnen. Das 50jährige Bestehen der Winterschule soll im Februar n. J. großzügig gefeiert werden, wozu eine besondere Kommission gebildet wurde. Nach dringlicher Ermahnung an einen jetzt so notwendigen engen Zusammenschluß sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe wurde die Versammlung geschlossen, an die sich ein gemütliches Beisammensein im Garten beim Konzert schloß.

** Die Ortsgruppen der gewerkschaftlichen Vereine der Provinzialbeamten der Land- und der Städte-Feuersozietät Merseburg hatten am vergangenen Sonnabend ihre Mitglieder nach Rüdes Hotel zu einer Versammlung eingeladen, die leider nur schwach besucht war. Nach einleitenden Worten des Landesbezirksleiters Knauf über die Zusammensetzung und Gliederung der Beamtengewerkschaft hielt der Regierungs-Zivilsupernumerar Reich, Bezirks-Vorstandsmitglied des gewerkschaftlichen Bundes der Regierungsbeamten Preußens, den angekündigten Vortrag über den Verlauf des ersten Vertretertages des Deutschen Beamtenbundes. Der Redner verstand es, in etwa 1½stündigem fesselnden Vortrage ein klares, sachliches und unparteiliches Bild von dem Verlaufe des ersten Vertretertages des Deutschen Beamtenbundes zu geben, der in der Zeit vom 11. bis 13. Mai d. J. in Berlin stattfand und an dem etwa 500 Abgeordnete, Vertreter von über 1¼ Millionen Mitgliedern, teilnahmen. Nach der Schilderung des Redners, der persönlich an den Verhandlungen teilgenommen hat, habe die Tagung selbst unter dem Druck der damals erfolgten Belantgabe der schmachvollen Friedensbedingungen gelitten. Trotzdem haben die Beratungen des Vertretertages Aufklärung über viele schwebende Fragen gebracht, die der Redner näher erläuterte. Zum Schluß der Tagung habe der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nemmers, Mitglied der Nationalversammlung, die anwesenden Vertreter mit eindringlichen Worten ermahnt, an dem Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Vaterlandes mitzuarbeiten. Herr Reich forderte zum Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden auf, diese Worte zu beherzigen und vor allem dafür zu sorgen, den Gewerkschaftsgedanken nach noch Fernstehenden und Teilnahmslosen einzuhämmern. Reichlich belohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen und für seine eindrucksvollen Worte.

* *

Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 30. Juni.

Am Magistratstische Erster Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Mosebach und Stadtbaurat Zollinger. Vom Kollegium waren 30 Stadtverordnete anwesend.

Vor Eintritt in die Sitzung brachte in Vertretung des stellv. Vorsitzers Daniel der Senior der Versammlung Stadtv. Frauenheim eine Einladung des Bundes der Hinterbliebenen Merseburg zur Teilnahme an einer Versammlung am 8. Juli, abends 8 Uhr, im Saale des Casinos zur Verlesung.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten und die

Einführung der neuen Stadträte

vorgenommen. Die neugewählten unbesoldeten Stadträte, Tischler Paul Bauer, Fabrikbesitzer Dietrich, Reg.-Hauptkassen-Buchh. August Elge, Parteisekretär Oskar Fiedler, Geschäftsführer Paul Jungert und Kaufmann Paul Kohl nahmen vor dem Magistratstische Aufstellung. Erster Bürgermeister Hertzog begrüßte die in ihr Amt Einzuführenden, teilte die Bestätigung ihrer Wahl durch den Regierungspräsidenten mit und verlas die Bestätigungs-

Im Buchengrund.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

2. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Lena wußte ja, wie leidend die Mutter war, und daß sie vor allen Aufregungen behütet werden mußte. Deshalb berichtete sie nur Gutes nach Hause. Wenn Lena aber einmal etwas Schweres auf dem Herzen hatte, dann wandte sie sich an Jutta. Ihren Briefen an die Mutter lag dann ein Schreiben an die Schwester bei, das diese immer gleich an sich nahm, ehe sie der Mutter die Briefe überreichte. So wußte Jutta, daß Lena nicht blos nach Deutschland Dokter Görger besuchte, sondern daß sie sich einer Operation unterziehen mußte, die Lena in Deutschland vornehmen lassen wollte. Aber davon erfuhr die Mutter nichts.

So sehr sich Jutta auch auf das Wiedersehen mit der Schwester freute, so sehr wurde ihr Herz von schweren Sorgen bedrückt. Heimlich hatte sie schon mit Doktor Görger, dem Arzt der Mutter, der ein treuer Freund ihres Vaters gewesen war, gesprochen. Dokter Görger besaß selbst eine große Familie, drei verheiratete Töchter und Söhne, die er noch immer unterstützen mußte. Trotz seiner guten Praxis war er nicht dazu gekommen, ein Vermögen zu sammeln. Aber seit dem Tode von Juttas Vater hatte er den Falkneschen Damen noch nie eine Rechnung geschickt, trotzdem er die alte Dame immer in Behandlung hatte. Er stand den beiden Frauen auch gern mit Rat und Tat bei. Die Schwestern hatte er stets lieb gehabt; aber für Fredy hatte er nicht viel übrig. Er grollte ihm wegen seines Leichtsinns, den er gewissenlos nannte.

Doktor Görger hatte Jutta Mut eingesprochen, als sie ihm von Lenas Leiden berichtete. Sie hatte auch wirklich aufmunternde Worte nötig, denn so tapfer sie auch war, manchmal fühlten es doch, als wollten die heimlichen Sorgen sie zu Boden drücken.

Auch jetzt, als Jutta von der Post aus nach den nahen Anlagen ging, um frische Luft zu genießen, war ihr das Herz unsäglich schwer. Nicht nur die Sorge um Fredy bedrückte sie schwer, sie dachte auch daran, wie sie sonst alles Nötige schaffen sollte. In den nächsten Tagen mußten warme Kleidungsstücke für Lena und das Kind besorgt und abgeschickt werden. Das kostete wieder viel Geld. Und wenn Lena kam, was mußte da alles sein! Ach, daß sie doch reich wäre, so reich, daß sie allen ihren Lieben helfen könnte, auch dem Bruder!

Sie seufzte auf.

Fredy mußte sich eben selbst helfen, vielleicht half ihm Tante Laura dies eine Mal noch, obgleich sie energisch erklärt hatte, außer dem Zuschuß nicht einen Pfennig bewilligen zu wollen. Sie war ja so reich. Fredy mochte sie nur recht bitten und wenn sie ihm eine Standpauke hielt, dann schadete es ihm gar nichts

Wohl würde es Fredy nicht sein, wenn er ihren Brief bekam. Jutta sah im Geiste sein hübsches Gesicht vor sich. Seine Augen schienen ihr zu sagen: „Ich weiß ja nicht, wo das Geld bleibt, Jutta; ich kann nun mal nicht rechnen — das ganze Leben ist ein Trauerspiel!" So hatte er schon oft zu ihr gesprochen.

Ach, wie sie ihn liebte, den leichtsinnigen Bruder! Wie gern sie ihm, der die Sonne so liebte, ein sonniges Dasein verschafft hätte!

Aber nun nicht mehr trüben Gedanken nachhängen.

„Immer Kopf oben und Ruhe im Herzen!" wie Onkel Doktor stets sagte, wenn sie verzagen wollte.

Schnellen Fußes hatte sie die Anlagen durchkreuzt. Auf den trockenen Kieswegen flimmerte es im Schein der Laternen wie winzige Frostpuren. Der warme Hauch ihres Mundes wurde sichtbar in der kalten Novemberluft, die ihre Wangen rötete. Als sie über den freien Mittelplatz der ziemlich menschenleeren Anlagen schritt, begegnete ihr ein schlanker, junger Mann Anfang der Dreißig. Er war mit unaufdringlicher Eleganz gekleidet und machte den Eindruck eines vornehmen Mannes.

Als Jutta ihn erblickte, vertiefte sich das Rot ihrer Wangen, und sie sah zur Seite, um seinen Augen nicht zu begegnen. Sie war diesem Herrn in letzter Zeit schon einige Male begegnet. Sein interessantes Gesicht hatte sich ihr eingeprägt, und der eigentümlich feste Blick seiner Augen hatte sie berührt, so daß sie diesem Blicke jetzt lieber auswich.

Schnell ging sie an ihm vorüber; sie merkte nicht, daß er nach einer Weile stehen blieb und ihr nachsah. Er tat es sehr diskret, nicht wie ein Mensch, der ein flüchtiges Abenteuer sucht, sondern wie einer, den ein ernstes Interesse fesselt.

Erst als Jutta zwischen den Bäumen verschwand, ging er weiter.

*

Am nächsten Tage herrschten starker Wind und Schneegestöber. Jutta benutzte die Dämmerstunde, um fertige Reichnungen in dem Geschäft in der Leipziger Straße abzuliefern. Sie war froh, als ihr der Betrag an der Kasse gleich ausgezahlt wurde und sie auch neue Aufträge erhielt.

Gerade als sie gehen wollte, rief sie der Geschäftsinhaber noch einmal zurück.

„Einen Augenblick, Fräulein Falkner, ich habe noch einen besonders lohnenden Auftrag für Sie. Am besten ist es, Sie sprechen selbst mit der Dame, sie ist zufällig hier. Bitte kommen Sie."

Er führte Jutta in die erste Etage. Dort saß an einer der Verkaufstafeln eine sehr schöne und elegante Dame, die mit einer Verkäuferin über die Stickerei eines Wandbehanges sprach.

Frau von Wengern, so hieß die Dame, wollte in die Mitte dieses Wandbehangs, der schon ziemlich fertig war, ein bestimmtes Wappen gemalt haben. Der Chef sagte ihr, daß Fräulein Falkner dieses Wappen in künstlerischer Ausführung malen würde. Frau von Wengern möge der jungen Dame ihre Wünsche äußern.

Die schöne Frau wandte sich liebenswürdig an Jutta und zeigte ihr ein Wappensiegel, das ein springendes Pferd unter einer Burgzinne, wie in einem geöffneten Tor zeigte.

„Werden Sie das können, Fräulein Falkner? Mir liegt so viel an einer vorzüglichen Ausführung", sagte Frau von Wengern.

„Ich glaube, Ihnen eine solche versprechen zu können, gnädige Frau," antwortete Jutta höflich.

„Und ich bürge Ihnen dafür, gnädige Frau. Fräulein Falkner ist eine Künstlerin und hat schon schwierigere Aufgaben zur vollsten Zufriedenheit gelöst", beeilte sich der Chef zu versichern.

Frau von Wengern sah mit einigem Interesse in Juttas Gesicht. Das feine Weisen der jungen Dame gefiel ihr.

„Nun gut, Fräulein Falkner. Also bitte, recht sorgfältig. Die Arbeit ist ein Vielliebchengeschenk, und ich möchte Ihre damit einlegen. Auf den Preis kommt es nicht an."

Jutta verneigte sich. Die beiden Damen besprachen noch einiges, dann ging Frau von Wengern.

Jutta packte ihre Arbeit zusammen und verließ ebenfalls das Geschäft.

Als sie auf die Straße trat, sah sie Frau von Wengern neben ihrem Wagen stehen und mit einem großen, schlanken Herrn in eleganter Straßenkleidung sprechen. Gerade, als Jutta heraustrat, wandte dieser sich nach ihr um und sah ihr voll ins Gesicht. Sie erkannte ihn in ihm denselben Herrn, der ihr so oft begegnet war und den sie gestern in den Anlagen gesehen hatte.

Sein Blick leuchtete auf, er erkannte sie. Es lag eine helle Fröhlichkeit in diesem Blick und ein überschüssiges Kraftbewußtsein, zugleich aber ein so zwingender Wille, daß Jutta ihre Augen nicht von ihm losreißen konnte. So forschend und bannend ruhten die Augen dieses Mannes auf ihr, daß ihr Fuß unwillkürlich stockte.

Sie mußte sich zwingen, ihren Blick aus dem seinen zu lösen und weiterzugehen.

Die Augen folgten ihr noch eine Weile. Er hörte kaum, was die schöne Lolo von Wengern zu ihm sprach. Aber dann half er ihr mit vornehmer Liebenswürdigkeit in den Wagen.

„Also auf Wiedersehen, Herr von Hohenegg!" rief Frau von Wengern ihm zu.

„Auf Wiedersehen, gnädige Frau. Bitte grüßen Sie Ihren Herrn Gemahl herzlich von mir."

Sie neigte das Haupt, und ihre schönen feurigen Augen sahen ihn mit einem koketten Blick an.

Lolo von Wengern hätte brennend gern mit Günther von Hohenegg, dem Freund ihres Gatten, ein wenig geflirtet; aber er kam diesem Wunsch gar nicht entgegen. Mit einer ruhigen Verbeugung schloß er den Wagenschlag und trat zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0005

urkunden. Hierauf vereidigte er die neuen Stadträte einzeln und richtete danach folgende Worte an sie:

Nachdem sie nunmehr den Amtseid geleistet haben, führe ich sie in das Amt der Stadträte ein, und da habe ich das Bedürfnis, einige persönliche Worte an sie zu richten. Vorerst gilt es, Ihnen meine Dankesschuld abzustatten, daß Sie an die Stelle der Ausgeschiedenen getreten sind. Aber auch den Ausgeschiedenen gilt mein wärmster Dank für ihr eifriges Wirken und ihre rege Förderung der Geschäfte. Ich begrüße Sie als neue Magistratsmitglieder. Sie sind anders gewählt wie bisher, auf Grund Ihrer Parteizugehörigkeit. Der Magistrat begrüßt es, daß andere Mitglieder aus allen Berufskreisen künftig an der Arbeit des Magistrats teilnehmen. Es ist bisher in einem Teil der Bevölkerung eine Art Mißtrauen gewesen, ob im Magistrat alles so zugehe, wie es solle. Durch Ihre Mitarbeit wird auch dieses Mißtrauen zerstört werden. Seien Sie überzeugt, daß wir alten Magistratsmitglieder Ihnen mit offenem Vertrauen entgegenkommen. Wir können Ihnen versichern, daß aus der Gegnerschaft, die vielleicht früher zwischen den einzelnen Mitgliedern bestand, kein Mißton auf Ihr neues Amt im Magistrat fällt. Wir kommen Ihnen mit offenem Vertrauen entgegen und begrüßen Sie nochmals.

Als Sprecher der neuen Magistratsmitglieder antwortete hierauf Stadtrat Paul Kohl mit kurzen Worten: Wir danken Ihnen für die warmen Worte der Begrüßung, die Sie uns gewidmet haben. Wie wir schon im Amtsschwur versprochen haben, darf ich Ihnen nochmals versichern, daß es unser stetes Bestreben sein wird, das Beste zu leisten zum Wohle unserer Stadt. Er dankte dann noch der Stadtverordnetenversammlung für das Vertrauen, das sie ihm während der Amtsführung als Stadtverordnetenvorsteher entgegen gebracht habe.

Stadtv. Frauenheim dankte Stadtrat Kohl für seine Worte. Er habe den Worten des Ersten Bürgermeisters Hertzog an die neuen Magistratsmitglieder nichts hinzuzufügen. Er wünsche der Arbeit der neuen Stadträte den besten Erfolg und begrüßte sie namens der Versammlung.

Die neuen Stadträte unterschrieben dann das Einführungsprotokoll, worauf zur

Einführung der neuen Stadtverordneten

geschritten wurde. Die neuen Stadtverordneten Fiedler (U. S. P.), Grimm (Dem.), Spiegel (Mehrh.-S.) und Vollrath (Dem.) traten an den Magistratstisch und wurden mit folgenden Worten begrüßt:

Was ich zu den neuen Magistratsmitgliedern gesagt habe, gilt auch in vermehrtem Maße für die neuen Stadtverordneten. Mögen Sie zum Wohle der Stadt wie jeder Einzelne arbeiten. Er verpflichtete die neuen Stadtverordneten dann durch Handschlag.

Die neuen Stadtverordneten wurden hierauf vom Stadtv. Frauenheim begrüßt. Er wies auf die ernsten und schweren Arbeiten hin, die ihrer in so ernster Zeit harrten. Besonders schwer seien die finanziellen Fragen. Aber auch die Kulturaufgaben, die während des Kriegs vernachlässigt worden seien, müßten weiter ausgebaut werden, damit unsere Stadt in modernem Sinne vorwärts schreite. Daß unsere Stadt diese Aufgabe erfülle, dazu ist nicht nur Fleiß notwendig, sondern auch eine große Arbeitsfreudigkeit. Aber er hoffe gern, daß Sie zu Nutz und Frommen der Gemeinde arbeiten werden. Hierauf nahmen die neuen Stadtverordneten bei ihren Fraktionen Platz.

Zu Punkt 3

Neuwahl des Stadtverordneten-Vorstehers

schlug Stadtv. Döbber (Dem.) im Namen seiner Fraktion den Stadtv. Juncker vor. Die darauf erfolgende geheime Wahl ergab von 30 abgegebenen Stimmen: 27 Stimmen für Stadtv. Juncker, 2 Zettel unbeschrieben, 1 Stimme für Stadtv. Frauenheim. Stadtv. Frauenheim stellte die Wahl fest und auf seine Frage erklärte sich

Stadtv. Juncker

zur Amtsannahme bereit. Es erfolgte die Übergabe des Amtes, wonach Stadtv.-Vorst. Juncker folgendes ausführte:

Eine neue Zeit bringt neue Menschen, neue Methoden, so auch in der Stadtverordnetenversammlung und in dem Magistrat. Wir wollen nicht rechten, welches die bessere Zeit war. Darüber aber müssen wir uns Rechenschaft geben, daß die Zukunft die größte Aktivität und besonnene ernste Mitarbeit des Einzelnen erfordert. Da darf niemand beiseite stehen, es muß jeder an seinem Teile dazu beitragen. Allein auch aus diesem Grunde habe ich meine Zustimmung dazu gegeben, als vor einiger Zeit meine Parteifreunde mich um meine Kandidatur für dieses Amt baten, und nur aus diesem Grunde nehme ich die Wahl an.

Darauf übergab der Stadtv. Frauenheim dem neuen Stadtv.-Vorsteher Juncker seinen Platz, von wo aus er sich mit folgenden Worten an die Versammlung wandte:

Wie bei jeder Maschine, wenn wir den höchsten Nutzen erzielen wollen, die Reibungsflächen möglichst geringe sein müssen, so lassen Sie auch bei unserer Arbeit der Reibungsflächen so wenig wie möglich vorhanden sein. Reibungsflächen können entstehen durch die Parteien. Ehrlicher, anständiger Kampf ist notwendig, ist wünschenswert. Solcher Kampf ist notwendig für den Fortschritt. Aber nicht immer wird dies bei den Parteien so aufgefaßt. Wenn Parteikampf getrieben wird aus dem heraus, was man sonst Weibergewäsch nennt, so kann es kommen, daß bei den Mitgliedern der Wunsch aufkommt: Lieber heute als morgen aus dem Parlament heraus. Platzgebenwollen ist das Zeichen wahrer Bildung. Wer meint, danach gehandelt zu haben, handele so weiter; wer dagegen gefehlt hat, möge sich ändern; dann erleichtern Sie mir mein Amt. Er streifte dann den Angriff auf die Stadtverwaltung in einem Eingesandt in der Sonnabendausgabe des „Korrespondenten", unterzeichnet „Einer für die Gerechtigkeit" und sagte: Von wahrer Gerechtigkeit ist der Einsender himmelweit entfernt.

Lassen Sie mich auch meinen Dank an die ausscheidenden Stadträte abstatten. Besonderer Dank gilt dem Stadtältesten Stadtrat Barth. Seit 1888 im städtischen Dienste, hat er immer mit Treue und Fleiß für die Stadt und das Wohl Aller gearbeitet. Möge ihm ein gesegneter Lebensabend erblühen. Möchte er es erleben, daß auch die Stadt Merseburg sich wieder hoch arbeitet trotz dieses schmählichen Friedens und daß Deutschland wieder gesundet und besseren Tagen entgegen geht. Auch den übrigen Stadträten gilt mein herzlicher Dank für ihre treue und erfolgreiche Mitarbeit.

Hierauf teilte er mit, daß der Stadtverordnetenversammlung ein dringender Antrag über die Bildung einer Kommission zur Beratung über die in der letzten Stadtverordnetensitzung zurückgewiesenen Vorlage über die Einstellung neuer Verwaltungsbeamten eingeganen sei, die gleich erledigt werden solle. (Wir haben die Vorlage in unserer gestrigen Ausgabe bereits veröffentlicht.) Er schlug als Mitglieder der Kommission die Stadtverordneten Eichardt (Dn.), Teller (Dem.), Mahlo (Dem.), Koenen (U. S.), Krüger (Mehrh. S.) und Wolff (U. S.) vor. Stadtv. Krüger lehnt die Wahl ab und schlägt den Stadtv. Spiegel vor. Gegen die Vorgeschlagenen erhebt sich kein Widerspruch und sie sind somit gewählt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

*

Der Verein zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg und Umgegend

tagte am Sonntag nachmittag im „Casino" unter seinem Vorsitzenden, Gütervorsteher Graf, der die Erschienenen herzlich begrüßte und an die historische Bedeutung des Tages, an dem vor fünf Jahren das österreichische Thronfolgerpaar ermordet wurde, erinnerte. Die furchtbaren Folgen dieses erschütternden Dramas haben — wie der Redner ausführte — in diesen Tagen durch die Annahme der uns auferlegten brutalen Friedensbedingungen ihren Abschluß gefunden und so bleibt uns nur noch die Hoffnung, daß trotz der durch den Gewaltfrieden geschaffenen verzweifelten Lage unseres Vaterlandes der Fleiß und die Tüchtigkeit des deutschen Volkes bald bessere Zeiten herbeiführen. — Nachdem der Schriftführer die Niederschriften über die letzten Vereins- und Vorstandssitzungen verlesen, berichtet der Vorsitzende über eine am Sonnabend in Halle von den dortigen Geflügelzüchter-Vereinen zu Ehren ihres Altmeisters Schachtzabel abgehaltene Feier, an der fünf Herren des hiesigen Vereins teilgenommen haben.

Daß die Zwangswirtschaft für Eier nun endgültig beseitigt ist, hebt der Sprecher nochmals besonders hervor und knüpft daran eine kleine Polemik gegen ein von Halle ausgegangenes Schriftstück, das einen Eierpreis von 30 Pfg. befürwortete und von jeder Legehenne jährlich 130 Eier verlangte. Der Vorsitzende hat das der hiesigen Kreis- und auch der Stadtverwaltung zur Veröffentlichung zugegangene Schriftstück einer kritischen Beleuchtung unterzogen, worauf die betr. Behörden von einer weiteren Verbreitung abgesehen haben.

Zur Tagesordnung übergehend, weist der Sprecher wiederholt auf die im „Casino" ausliegende Geflügelbörse hin, betont aber auf Wunsch der betr. Redaktionen, daß auch noch andere Blätter den Bedürfnissen der Geflügelzüchter bei Ein- und Verkäufen entgegenkommen. — Die bestellten Klubringe (Bundesringe) sind eingetroffen und werden durch Herrn Lehmann ausgegeben, der sie zum Einkaufspreise abgibt. Die heute nicht anwesenden Mitglieder, die solche Ringe bestellt haben, werden ersucht, diese sobald als möglich abzuholen. Auf Antrag eines Mitgliedes und nach warmer Befürwortung durch den Vorsitzenden wird die Anschaffung eines Werkes über Taubenzucht einstimmig beschlossen.

Im weiteren Verfolg der Tagesordnung verbreitet sich der Vorsitzende in längeren Ausführungen über das Brüten des Geflügels im Gehöft sowohl wie in der freien Natur, warnt vor zu spätem Brüten, weil die jungen Tiere zum Beginn des Winters noch nicht ausgewachsen sind und unter den Einwirkungen der rauhen Witterung nicht zur vollen Entwicklung gelangen. Zur Förderung des Wachstums der Küken empfiehlt der Sprecher den Ankauf von Mais, der jetzt zu haben ist und, auf einer Knochenmühle gemahlen, von jungen Tieren gern gefressen wird. Der Verein hat gegenwärtig noch Geflügelgebäck und auch braunes klares Futter für die Küken; jeder Geflügelhalter möge sich aber jetzt befleißigen, seinen Hühnern und Enten soviel als möglich Grünfutter zu reichen, das ihnen sehr bekömmlich ist. Hierbei kommt Redner auch auf die im Saale ausgestellten jungen Hühner seiner eigenen Zucht zu sprechen. Es sind je zwei rebhuhnfarbige Wyandottes, rebhuhnfarbige rosenkämmige Italiener und junge deutsche Landhühner. Die rosenkämmigen Italiener, bei denen die großen Kämme und langen Kehllappen vollständig weggefallen sind, werden jetzt viel nach dem Auslande verlangt und sehr gut bezahlt. Ihre größere Widerstandsfähigkeit gegen Kälte hat diese Tiere sehr schnell in den Geflügelhöfen eingeführt. Das deutsche Landhuhn findet neuerdings ebenfalls mehr Anerkennung, denn es liefert ein vorzügliches Fleisch und ist auch ein guter Eierleger. Redner knüpft hieran die Mahnung, von aller Schwärmerei für ausländisches Zuchtgeflügel abzulassen. Die deutschen Zuchttiere können sich überall sehen lassen; im übrigen sind wir jetzt zumeist auf unsere eigene Zucht angewiesen. Er empfiehlt schließlich die Haltung von Geflügel, das sich leicht ernähren läßt und gute Ausbeute liefert, befürwortet aber nochmals frühe Bruten, die dem Züchter Winterleger schaffen. — Weiter regt Herr Lehmann den Ankauf eines Zuchtstammes rosenkämmiger Italiener für Vereinszwecke an, der in H[illegible]e verkäuflich ist. Seitens des Vorstandes soll mit dem Verkäufer in Unterhandlung getreten werden.

Es folgt eine Besprechung der von Herrn Hauck-Oberbeuna im Versammlungslokal ausgestellten Tauben (Luchse, blaue Strasser, deutsche Kröpfer, gelbe Strasser, Trommeltauben), die seitens des Vorsitzenden eine recht günstige Beurteilung finden. — Einer Anregung des Ministers für Landwirtschaft entsprechend sollen die Geflügelzüchtervereine zu Kreis- und Provinzialverbänden zusammengeschlossen werden. Der Minister hat dazu auch Mittel bewilligt, die, wie der Vorsitzende bemerkt, hoffentlich den Kreisverbänden überwiesen werden, damit auch die kleinen Vereine etwas davon erhalten. Vorberatungen über dieses Projekt haben bereits beim hiesigen Landrat stattgefunden. Herr Trommer spricht für die Bildung eines Kreisverbandes aus praktischen Gründen, den auch der Vorsitzende für wünschenswert erklärt. Dazu sei aber mehr Regsamkeit in den Vereinen erforderlich, vor allem aber Mitglieder, die geneigt sind, die mit der Gründung eines solchen Verbandes verknüpfte Arbeit zu übernehmen. Zur tatkräftigen Mitwirkung melden sich hierauf die Vorstandsmitglieder Lehmann und Trommer, denen noch der Schriftführer beitritt.

Die Beschaffung von Zuchthähnen, vom Vorstande beantragt, soll den Mitgliedern des Vereins Quellen für Bruteier erschließen, da mehrere wiederum mit sehr teuren auswärtigen Eiern schlechte Erfahrungen gemacht haben. Nach kurzer Besprechung wird der Vorstand beauftragt, Zuchthähne für diesen Zweck anzukaufen. — Als letzter Punkt der Tagesordnung gelangt ein Antrag des Vorstandes, im nächsten Winter eine Geflügelschau abzuhalten, zur einstimmigen Annahme. Ein Ausschuß von 10 Mitgliedern wird gewählt und soll zur Vorbereitung des Unternehmens bald in Wirksamkeit treten. — Die Abhaltung der nächsten Zusammenkunft wird dem Vorstande überlassen. Hierauf schließt der Vorsitzende mit dem Wunsche, daß nun bessere Zeiten eintreten, die Versammlung.

*

28. Bildungsabend.

Zur Eröffnung gab Oberlehrer Hemprich zunächst einige Mitteilungen. Es werden am 28. und 29. Juli im Schloßgartenpavillon mittelalterliche Schauspiele von einer Theatertruppe aufgeführt werden. Es sind das Aufführungen, die bereits in anderen Städten, wie z. B. in Halle, mit großem Erfolge über die Bühne gegangen sind. Besonders hat der „Totentanz" berechtigtes Aufsehen erregt. Von derselben Gesellschaft soll im Herbst Goethes „Faust", für die Volksbühne bearbeitet, hier in Merseburg über die Bretter gehen. Unserer Einwohnerschaft stehen demnach seltene Genüsse auf dem Gebiete des Theaterwesens bevor. — Sodann soll auch für den Kreis Merseburg eine Wanderbuchhandlung eingerichtet werden, wozu eine Dame oder ein kriegsbeschädigter Herr gesucht wird. — Über 8 Tage wird Oberlehrer Hemprich über „Die Entwicklung, Pflege und Erziehung des vorschulpflichtigen Kindes" sprechen. Der Vortrag wird durch den Gesang von Kinderliedern unterstützt werden. — Nunmehr nahm der Hauptredner des Abends, Seminarlehrer Koerlin, das Wort zur Fortsetzung seines Vortrages „Mundart und Heimatdichtung". Er sprach zuerst über den Lautstand, der bei seiner Verschiedenheit und großer Reichhaltigkeit dem Lehrer des Deutschen viel Ärger bereitet. Aber schon Goethe hat, als er Leiter des Weimarer Hoftheaters war, viel Not mit der Aussprache der Laute bei seinen Schauspielern gehabt. Mit seinem treuen Gefährten Eckermann hat er darüber lehrreiche Gespräche geführt. Befreiung vom Dialekt, eine reine deutsche Mundart verlangte er von den Schauspielern. Woher kommt es nun, daß gerade unsere sächsisch-thüringische Sprache so unangenehm auffällt. Es liegt daran, daß die Gesamtbewegung der Zunge und Lippen beim Sprechen schlaff sind, daß bei gewissen Lauten (d, b, g) der Stimmton fehlt. — Die Aussprache der Selbstlaute regelt sich nach ganz bestimmten Gesetzen. Wie ist es zu erklären, daß sich in unserer Gegend das „ei" bei „Stein" in „ee" („Steen") verwandelt, nicht aber bei „weiß"? Ein Vergleich der gegenwärtigen Sprache mit dem Mitteldeutschen lehrt, daß aus ei ein langes e geworden ist, aus dem langen i aber das ei hervorging. Ähnlich liegt der Fall bei Wörtern wie Naumburg, Neuenburg, Nienberg, die im Grunde dasselbe bedeuten. Wichtig für die Schöpfung unserer neuhochdeutschen Sprache war Dr. Martin Luther mit dem Werke der Bibelübersetzung. Gerade weil er eine Mundart sprach, die zwischen dem Ober- und Niederdeutschen stand, konnte er vermittelnd zwischen den deutschen Stämmen wirken und durch sein Sprachwerk ein einigendes Band um die Länder deutscher Zunge schlingen. Trefflich hat das der Schweizer Dichter C. F. Meyer in seinem Lutherlied zum Ausdruck gebracht. „Gern hör' ich deiner Sprache, Luther, zu; wer braucht das Wort gewaltiger als du?"

Im zweiten, unterhaltenden, Teil seines Vortrages bot der Redner Proben aus dem Werke eines heimatlichen Mundartendichters, aus den „Anhältischen Dorfjeschichten" von Hermann Wäschke. Und zwar las er vor „Wurum die Wäschkenmutter zu Pfingsten beinah ma keene bunte Schtowwe jekricht hat", „Wurum Julen sein Walzer und Dienersch Karlinen ihr Franzeesch nich richtig sin sollte" und „Der Howejiste". Alle drei Erzählungen sind von schlichtem und natürlichem Humor; sie fanden dankbare Zuhörer. Mit gemeinsamen Liedern wurde der schöne Abend geschlossen.

*

Deutscher Eisenbahner-Verband.

(Eingesandt.)

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der preußischen Staatsregierung, der Eisenbahnverwaltung und der Verbandsleitung sind zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Das Resultat ist ein überraschendes. Die ursprüngliche Absicht, für unsere Verbandsmitglieder einen Preisabbau oder eine Lohnerhöhung zu erzielen, hat zu einer fühlbaren Erleichterung in den Haushaltskosten für die Allgemeinheit geführt. Insofern sind die Eisenbahner die Vorkämpfer besserer Verhältnisse auf einem Gebiet geworden, das für die Bevölkerung immer drückender geworden ist. Wie ein Alp lasteten die hohen und täglich höher werdenden Lebensmittelpreise auf den schwer um ihre Existenz ringenden Volkskreisen. Besonders die aus dem Auslande herangeholten Lebensmittel brachten uns wahre Phantasiepreise, so für Mehl 2,20 ℳ pro Pfund. Angesichts solcher Preise, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten, ist es nur zu selbstverständlich, daß unsere Kollegen Lohnforderungen stellten und damit zugleich eine Verbesserung des Entlohnungssystems herbeiführen wollten. Was sollte denn mit den höheren Löhnen ereicht werden? Es sollten damit die ausländischen, für unsere Ernährung unentbehrlichen Lebensmittel gekauft werden. Daraus geht hervor, daß die Lohnbewegung den ganz klaren Zweck verfolgte, mehr Lebensmittel dem Haushalt zuzuführen. In voller Würdigung dieser Tatsache hat die Regierung bei den Verhandlungen den ernsten Willen zum Ausdruck gebracht, unter Aufwendung erheblicher Staatsmittel die zusammen mit den von Reich und den Gemeinden zur Verfügung zu stellenden Beträgen die Summe von 1½ Milliarden Mark erreichen, die Preise der ausländischen Lebensmittel zu senken. Dementsprechend werden der Bevölkerung vom 6. Juli ab die Lebensmittel zu folgenden Preisen zur Verfügung gestellt:

Mehl	pro Pfund 0,80 ℳ	statt 2,20 ℳ
Fleisch	pro Pfund 4,50 ℳ	statt 11,00 ℳ
Speck	pro Pfund 4,00 ℳ	statt 7,70 ℳ
Reis	pro Pfund 1,20 ℳ	statt 3,00 ℳ
Hülsenfrüchte	pro Pfund 1,25 ℳ	statt 2,25 ℳ
Kartoffeln	pro Pfund 12—13 ₰	statt 25—30 ₰

Zu den vorstehenden Preisen ist zu bemerken, daß sie teilweise bereits für Waren eingesetzt sind, die bisher wenig oder gar nicht verteilt wurden. Ab 6. Juli sollen aber alle aufgezählten Lebensmittel zu den festgesetzten Preisen an alle Gemeinden zur Verteilung abgegeben werden, zunächst allerdings für den Zeitraum von 3 Monaten. Das zur Verteilung bestimmte Quantum wird pro Kopf wöchentlich betragen: Mehl 250 Gramm, Fleisch 100—250 Gramm, Reis oder Hülsenfrüchte 125 Gramm, Speck 125 Gramm. Die Kartoffelration wird in früherer Höhe 7 Pfd. pro Kopf zur Verteilung kommen; wobei auch für die verhältnismäßig teuren Frühkartoffeln der Preis nur 12—13 ₰ pro Pfund betragen soll. Die Wirkung dieser Preissenkung beträgt nach genauen Berechnungen pro Kopf und Woche rund 6 ℳ, für eine fünfköpfige Familie 30 ℳ.

Daß es sich hier um eine wirkliche Tat, nicht also um leere Versprechungen handelt, leuchtet nach den ziffernmäßigen Angaben ohne weiteres ein.

In der Frage des Mitbestimmungsrechtes will die preußische Staatsregierung den Eisenbahnern entgegenkommen. Nach Zusicherungen des Eisenbahnministers Oeser soll die Vertretung nicht nach dem sogen. Rätesystem erfolgen, und zwar deswegen, weil die Rechte der Landesversammlung zunächst verkümmert würden, und weil man dieses Rätesystem unter schwerer Bedrohung verfochten hat. So hatte ein Vertreter des Rätesystems bei einer Gelegenheit geäußert, „wer die Eisenbahner in der Hand hat, hat die Hand an der Gurgel des Staates". Dagegen sollen die Betriebsräte bei der Eisenbahnverwaltung eingeführt werden. Die Regelung gehört zur Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums, das ersucht werden soll, sie schleunigst durchzuführen. F.

Gerichtsverhandlungen.

Die Mörder des Herrn v. Klüber.

Zu Beginn der Verhandlungen am Sonnabend wird zunächst das Protokoll über die Vernehmung einer Zeugin am Tatorte verlesen, die verdächtigt war, falsche Aussagen gemacht zu haben. Es stellte sich heraus, daß die Zeugin über die Vorgänge ganz genau unterrichtet ist, ihre belastenden Aussagen also auf Wahrheit beruhen. Dann wird die Beweisaufnahme fortgesetzt, die aber wesentliche neue Feststellungen nicht ergibt. Über die Tötung des Herrn v. Klüber sprachen sich die meisten Zeugen dahin aus, daß dieser sich mühsam ans Ufer gewunden habe und ermüdet auf den Rasen niedergesunken sei. Dann hätten ihn mehrere Leute, darunter auch Gierold, wieder in den Fluß geworfen, so daß er mit dem Oberkörper aus dem Wasser ragte. Währenddessen lief ein Soldat vom anderen Ufer mit fertiggemachtem Gewehr über die Brücke und schoß aus nächster Entfernung dem halbtoten Oberstleutnant, der mit der rechten Hand winkte, als wolle er noch etwas sagen, mit den Worten: „Nun ist es zu spät!" durch den Hals. Der Vorsitzende versuchte, aufs eingehendste zu ermitteln, ob Richter als Täter in Frage kommt. Die Aussagen sind äußerst widersprechend. Außer von einem Angeklagten und einem Zeugen ist die Person Richters von keinem der anwesenden Zeugen auf der fraglichen Seite der Saale erkannt worden. Doch stimmen die meisten Angaben über die Uniform des Täters mit der Kleidung Richters überein. — Der Vorsitzende gab bekannt, daß vor Dienstag mit der Verkündigung des Urteils nicht zu rechnen sei.

Vermischtes.

* **Die Neuorganisation der Berliner Polizei.** Nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Die Polizei" soll die neu zu bildende Berliner Ordnungspolizei anstatt der bisherigen Bewaffnung den Gummiknüttel erhalten. Die neue Sicherheitspolizei, etwa 10 000 Mann, soll aus unverheirateten Unteroffizieren zusammengestellt werden, die nach neunjähriger Gesamtdienstzeit die Erlaubnis zum Heiraten erhalten und bei guter Führung dann in die Ordnungspolizei eintreten können. Nach 12 Jahren Gesamtdienstzeit erhalten sie den Zivilversorgungsschein. Es wird ihnen ein Tagegeld von 9 Mark gewährt neben freier Ausrüstung, Unterkunft, Verpflegung, den Chargen 50 Pfg. bis 1,00 Mk. Tageszulage. Sie werden ebenso wie die Hilfspolizeioffiziere mit vierwöchiger Kündigung eingestellt. Die Hilfspolizeileutnants erhalten 22 Mk. Tagegelder, bei höheren Chargen entsprechend höhere Beträge neben freier Bekleidung und Verpflegung. Die Unterbringung der Polizeimannschaft wird in Kasernen über Groß-Berlin zerstreut erfolgen. Die Polizeireviere werden voraussichtlich nach Maßgabe des Ablaufs der Mietzeit unter starker Verminderung der Zahl zu politischen Verwaltungs- und Meldestellen umgebildet werden können.

* **Ein schwerer Autounfall,** der den Tod des Geheimen Baurats Techow, Landesbaurat der Provinz Brandenburg, zur Folge hatte, ereignete sich am Schlesischen Bahnhof in Berlin. Das Auto, in dem Geh. Baurat Techow mit dem Landessyndikus der Provinz Brandenburg Dr. Gerhardt saß, stieß mit einem Wagen der Straßenbahn zusammen und wurde zum Teil zertrümmert. Die beiden Insassen trugen sehr schwere Verletzungen davon. Geh. Baurat Techow sollte nach der Unfallstation gebracht werden, starb aber auf dem Transport; Dr. Gerhardt hat bedenkliche innere Verletzungen erlitten, er wurde nach seiner Wohnung in Zehlendorf überführt. Ein Sekretär, der auch in dem Auto war, wurde durch Glassplitter verwundet.

* **Verhaftung von großpolnischen Eisenbahnattentätern.** In letzter Nacht wurden bei Oppeln 7 Mann der polnischen Eisenbahnattentäter verhaftet, auf deren Tätigkeit wahrscheinlich die zahlreichen Brückensprengungen und Bandenüberfälle in letzter Zeit zurückzuführen sind. Sämtliche Verhafteten waren mit Pistolen und Eierhandgranaten bewaffnet. Ein Unteroffizier polnischer Zunge versuchte Selbstmord bei seinem Verhaften zu verüben. Man fand bei ihm 700 ℳ deutsches Silbergeld sowie Notizen und Skizzen über deutsche Truppenverschiebungen. Die Bevölkerung ist in großer Erregung über diese großpolnische Skrupellosigkeit.

* **Eine große Messingschiebung** von 300 000 ℳ zum Nachteil des Artillerie-Munitions-Depots in Kassel ist aufgedeckt worden. Die beiden Hauptschieber sind der Techniker Weber und Kaufmann Hugo, welche mit gefälschten Auflaufspapieren operierten. Sie haben auch mehrere auswärtige Firmen durch ihre gefälschten Papiere zu umfangreichen Lieferungsaufträgen veranlaßt. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen, weitere sollen folgen. Das Kasseler Volksblatt bezeichnet den Hauptschuldigen Weber als den bisherigen Abgott der Kasseler Unabhängigen. Er war Arbeiterrat und während des Krieges in der Munitionsfabrik tätig.

* **Verhungernde Kinder.** Tausende deutscher Kinder verhungern im Erzgebirge. Kinder mit rachitischen Köpfen, krummen, verquollenen Beinen, mit gedunsenen Spitzbäuchen, der Hungerwassersucht. Neutrale Reisende, die durchs Erzgebirge gefahren sind, stellen fest, daß die meisten Kinder der Erzgebirgler nicht von Brot, sondern von Kräutern leben, oder von halb oder ganz verfaulten Rüben und wurmigem Sauerkraut. Es handelt sich um die Kinder arbeitsloser Perlmutterdrechsler, Spitzenklöppler, Instrumentenmacher und Spielzeugverfertiger. Die meisten Kinder besitzen nicht ein einziges Hemd, viele liegen tagsüber nackt im Stroh. Hautkrankheiten und Ungeziefer zehren an den geschwächten Kinderkörpern. Es sind deutsche Kinder, die in der tschecho-slowakischen Republik den furchtbarsten Hungertod sterben. Es sind Kinder von Menschen, die, wie jammervoll ihr Schicksal auch sei, zähe an der Scholle haften. Wer dieses entsetzliche Leid ändern will, sende seinen Beitrag an den österreichisch-deutschen Arbeitsausschuß, Postscheckkonto Berlin 19148, Kommerzienrat Böhm. Unterzeichnet ist dieser Aufruf vom österreichisch-deutschen Arbeitsausschuß. Dem Aufruf haben sich angeschlossen: Gerhart Hauptmann, Prof. Max Liebermann, Magistratsrat Dr. Walter Prerauer, Lucie Höflich, Professor Ernst Troeltsch.

*

Aus der Reichshauptstadt.

Neuregelung der Jugendfürsorge. Für die Neuregelung der gesamten Jugendfürsorge in Berlin hat der Berliner Magistrat eine halbe Million ℳ bewilligt. Es sollen vier neue Ämter geschaffen und die beiden Deputationen für das Jugendamt und die Waisenpflege miteinander verschmelzen werden, um so eine Zentrale zu bilden.

Der Poststreik beendet. Die Oberpostdirektion Berlin teilt mit: Der Streik der Aushilfskräfte bim Postscheckamt, bei dem Postzeitungsamt und bei den Fernsprechämtern in Berlin ist beendet. Die Aushilfskräfte haben den Dienst wieder aufgenommen, ohne daß ihre Forderungen bewilligt worden sind.

Unter städtischer Regie. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl und Genossen (Unabh.) haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, daß alle in den städtischen Betrieben vorkommenden Isolierungsarbeiten sowie die Beschaffung des hierzu notwendigen Materials in städtische Regie übernommen werden. Um diese Arbeiten technisch gut und möglichst billig herzustellen, wird der Magistrat ersucht, mit Fachleuten der im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Isolierern in Verbindung zu treten."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 4,80 Mk.; durch die Post 4,80 Mk. ausschließlich Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 15 Pfg., im Reklameteil 50 Pfg., für Ziffernanzeigen und Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 143 — Mittwoch, den 2. Juli 1919. — 45. Jahrg.

Die Abstimmung über den Frieden.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die gegnerische Presse beschäftigt sich mit der Abstimmung der Nationalversammlung über die Friedensfrage in einer Weise, die deutlich das Bestreben zeigt, den wahren Sachverhalt im Einzelparteiinteresse zu verdunkeln. Die historische Wahrheit verlangt darum nach einigen aufklärenden Worten. Es ist richtig, daß der Ministerpräsident Bauer in seiner Rede am 22. Juni die Zustimmung der Nationalversammlung zu einer Erklärung erbat, nach der der Friedensvertrag nur mit den beiden Vorbehalten, der Schuldfrage und den Auslieferungen, unterzeichnet werden sollte. Ebenso richtig ist es, daß der Zentrumsführer Gröber in seiner Rede den Erklärungen des Ministerpräsidenten Bauer zustimmte. Aber der ursprüngliche Antrag der beiden Mehrheitsparteien, des Zentrums und der Sozialdemokratie, der die „Billigung der Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages" aussprach, wurde im Verlaufe der Verhandlungen abgeändert. Den abgeänderten Antrag verlas der Präsident in öffentlicher Sitzung. Er lautete: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden." Daß hiermit eine unbedingte Zustimmung zum Friedensvertrage ausgesprochen worden war, ist schlechterdings unbestreitbar. Noch klarer aber und jeden Zweifel ausschließend erscheint der Tatbestand, wenn man weiß, daß die Abänderung des Antrages Gröber-Loebe auf ausdrücklichen Wunsch des Führers der Unabhängigen, Haase, erfolgt war. Aus Haases Rede ging absolut zweifelsfrei hervor, daß seine Partei nur für einen Antrag zu haben war, der die bedingungslose Unterzeichnung des Friedens befürwortete. Weil das der abgeänderte Antrag Gröber-Loebe tat, darum stimmte die Unabhängige Sozialdemokratie für ihn. In der Nationalversammlung selbst bestand am Sonntag den 22. Juni über den Charakter der Abstimmung gar kein Zweifel. In der Deutschen demokratischen Fraktion war man sich klar, daß eine vorbehaltlose Ermächtigung gefordert würde. Darum stimmten einige Abgeordnete mit Nein, die für ein bedingtes Ja sonst gewesen wären. Für bedingte Annahme waren auch die drei bayerischen Bauernbündler, die sich aber gegenüber dem Antrage auf bedingungslose Unterzeichnung der Abstimmung enthielten. Es mußte darum außerordentlich überraschen, daß am Montag den 23. Juni das Zentrum unter dem Eindruck der Demission mehrerer Generale plötzlich mit der Ansicht hervortrat, es müsse nach Ablehnung unserer Zwischennote durch den Rat der Alliierten aufs neue über die Frage der Friedensunterzeichnung abgestimmt werden. Um schließlich die erregten Zentrumsgewissen zu besänftigen, waren andere große Parteien bereit, in einer Abstimmung dem Präsidenten Fehrenbach in der Auslegung zuzustimmen, daß am Sonntag die Ermächtigung zur bedingungslosen Unterzeichnung erteilt worden sei. Gleichzeitig wollte man dem Zentrum durch Erklärungen der Parteiführer entgegenkommen, daß die erfolgte Sonntagsabstimmung nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sei. Das ist beides geschehen. So wird in mehreren Presseorganen behauptet, daß am Montag die Nationalversammlung die „Zustimmung zum bedingungslosen Friedensschluß" gegeben habe. Das ist, wie wir oben nachgewiesen haben, völlig unzutreffend. Aber es ist ebenso falsch, wenn die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, daß die Nationalversammlung „den Blankowechsel der Regierung nachmals gegenzeichnete". Das Blatt wirft im selben Atem dem demokratischen Fraktionsführer Schiffer vor, er hätte die vom Abg. Schultz (Bromberg) beantragte nochmalige Abstimmung für den Friedensvertrag verhindert. Auch das ist völlig unrichtig. Der Antrag des Abg. Schultz (Bromberg) wurde vom Präsidenten zurückgewiesen, da das Haus bereits in der Abstimmung war. Aber sachlich wäre der deutschnationale Antrag auf erneute Abstimmung auch nicht zu rechtfertigen gewesen. Das Parlament würde sich zu lächerlich machen, wenn es eingestehen wollte, daß es sich der Tragweite einer Abstimmung über das Leben und die Zukunft des Vaterlandes nicht bewußt gewesen sei, und daß diese Abstimmung nun wiederholt werden müßte. So kann man keine Politik machen, und wenn die Deutschnationalen es dennoch versuchten, so leitete sie dabei wohl nur ihre Parole, daß die „Situation unbedingt agitatorisch ausgenutzt" werden müsse.

[illegible] die
der Friedensfrage
[illegible]itens irreführend.
[illegible]er, wie die „Germania"
[illegible]ch, was der „Vorwärts"
[illegible]llen. Die Haltung der
[illegible]lar, und niemand ist sich
[illegible] Zweifel gewesen, welche
[illegible]ratischen Schultern lag.
[illegible] ist, am 12. Mai durch-
[illegible]sprach. Damit waren
Jetzt galt es, fest hinter
[illegible]n. Das feindliche Aus-
[illegible] wir. Anstatt dessen be-
[illegible]rbeit unserer Delegation
[illegible]vorlauten Manier jedem,
[illegible]mütten. Die U. S. P.
[illegible]um jeden Preis, und in
[illegible]nal lesen, daß Deutsch-
[illegible]auchte sich bei der Be-
[illegible]weren Belastungsproben
[illegible] Antwort, die, wenn die
[illegible] 12. Mai in der Aula
[illegible] Komödie herabwürdigen
[illegible]ntwortet werden burfte.
[illegible]urchsetzen, so mußte sie
[illegible]r lassen, daß von keiner
[illegible]gierung etwas anderes
zu erwarten war, als daß sie bis zum letzten Zeitpunkt der Nationalversamm-

Neueste Nachrichten.

Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin.

Berlin, 1. Juli. Der „Lok.-Anz." meldet aus Weimar, daß parlamentarische Kreise für den 21. Juli mit dem Abschluß der Arbeiten der Nationalversammlung in Weimar rechnen. Im August könnten im Reichstagsgebäude in Berlin die Ausschußberatungen beginnen, während das Plenum erst Ende September, und zwar in Berlin, wieder zusammentreten werde.

Drahtverkehr Deutschland—Italien.

Lugano, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Wie der Mailänder „Secolo" meldet, wird der Privatdrahtverkehr zwischen Deutschland und Italien schon in den nächsten Tagen wieder freigegeben werden.

Nach dem gleichen Blatte dürfte bereits binnen kurzer Zeit die Blockade für Lebensmittel und Rohstoffe gegen Deutschland nicht mehr voll zur Durchführung kommen.

Hindenburg über die Verantwortung.

Kolberg, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Marschall Hindenburg äußerte einer Abordnung Göttinger Studenten gegenüber: „Wenn die Feinde mich alten Mann, der nur seine Pflicht tat, an die Wand stellen wollen, dann sollen sie mich haben. Sie werden dann nur eine Schande mehr auf sich laden."

Fortdauer des Eisenbahnerstreiks.

Aus Berlin, 1. Juli, geht uns folgende Meldung zu: Der Eisenbahnerstreik geht weiter und hat seit gestern nicht im mindesten eine Änderung erfahren. Die Regierung hat sich gestern entschlossen, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um den Eisenbahnerstreik zu beendigen. Bisher konnten der Güter- und Personenverkehr einigermaßen aufrecht erhalten werden. Um die Arbeitswilligen nicht hindern zu lassen, hat die Regierung gestern sämtliche Bahnhöfe militärisch besetzen lassen.

Zum Verkehrsstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. Das Betriebspersonal der Berliner Verkehrsunternehmungen hat sich mit sehr großer Mehrheit für den Streik erklärt, so daß Berlin von heute ab wieder ohne Verkehrsmittel ist. Auch der Stadtbahn- und Vorortverkehr ruht. Leider steht eine längere Dauer des Verkehrsstreiks zu erwarten. Auch der Streik der Eisenbahner Groß-Berlins flackert wieder auf. Die Metallarbeiter und die Hafarbeiter bereiten eine Sympathiekundgebung vor. In den Versammlungen streikender Eisenbahner wurde seitens der Streikkomitees unter anderem geraten, auch Kohlen- und Lebensmittelzüge nicht zu befördern.

Gestern nachmittag fanden in ganz Berlin von der Leitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlungen statt, in denen u. a. Haase und Adolf Hoffmann sprachen. In ihren Ausführungen traten sie erneut für die Errichtung der Diktatur des Proletariats ein und forderten die Arbeiterschaft auf, in entscheidender Stunde bereit zu sein.

Drohender Bankbeamtenstreik in Berlin.

Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Paul Emonts, einer der Führer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, ist verhaftet worden. In einer Versammlung der Beamten der Berliner Großbanken wurde die sofortige Freilassung Emonts gefordert, widrigenfalls die Bankbeamten am Dienstag mittag 12 Uhr in den Ausstand treten würden.

Englische Denkmalzerstörer in Libau.

Berlin, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Nach der Besetzung von Libau durch die Engländer wurde die Hindenburgsäule, die von den deutschen Truppen am ersten Jahrestage der Einnahme Libaus errichtet worden war, von den englischen Besatzung unter Teilnahme des gesamten Offizierskorps entfernt und die Gedenktafel, Adler usw. beseitigt und in Verwahrung genommen. Auf den Trümmern der Säule wurde die lettländische Fahne gehißt.

Einzug der Reichswehrtruppen in Hamburg.

Hamburg, 1. Juli. (Priv.-Tel.) Der Einmarsch der Reichswehrtruppen von allen Richtungen in Hamburg entwickelte sich planmäßig.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Wir leben augenblicklich in einer Übergangszeit, die nicht mehr Krieg und auch nicht mehr Waffenstillstand ist, aber doch auch noch nicht Frieden. Erst wenn die Volksvertretungen aller beteiligten Länder die Unterschriften ihrer Vertreter in Versailles bestätigt haben, erst dann tritt der Frieden tatsächlich und rechtlich in Kraft. In der Zwischenzeit bahnen sich die friedlichen Verhältnisse langsam an und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen wird in die Wege geleitet.

Eine Unterredung mit Dr. Bell.

Von zuständiger Seite geht uns folgende Erklärung zu: Zu der in einigen Blättern mitgeteilten Unterredung der Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell mit einem Vertreter der „United Preß" sei bemerkt, daß eine Unterredung mit dem Reichsminister Müller nicht stattgefunden hat. Dem Reichsminister Dr. Bell sind von dem Vertreter der amerikanischen Agentur folgende Fragen vorgelegt worden:

1. Wird Deutschland nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ohne jeden Vorbehalt die Forderungen erfüllen?
2. Wird Deutschland den Kaiser und die hohen Offiziere ausliefern?
3. Was wird Deutschland gegenüber Polen und den dortigen Kriegsmaßnahmen tun?

Der Reichsminister Dr. Bell hat die Fragen wie folgt beantwortet: Was wir unterzeichnen, wollen wir halten. Das deutsche Volk will alles versuchen, um die Friedensbedingungen zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente in ihrem eigenen Interesse finden wird, daß es nötig sei, die Friedensbedingungen abzuändern, von denen sie selbst erkennen wird, daß es unmöglich ist, sie zu erfüllen. Wir glauben, daß die Entente nicht auf der Auslieferung des Kaisers und der hohen Offiziere bestehen wird. Die Reichsregierung will in keiner Weise den Krieg gegen Polen unterstützen.

Rücktritt der Friedensdelegation.

Die deutsche Friedensdelegation, die am Sonnabend abend 9 Uhr Versailles mit einem Sonderzug verlassen hatte, ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag in Berlin auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen. Reichsminister Dr. Bell hat den Zug in Elkersleben bereits verlassen, um sich nach Essen zu begeben. Reichsminister Müller hat mit den übrigen Delegierten die Fahrt bis Berlin fortgesetzt. Auch die deutschen Pressevertreter sind in Berlin eingetroffen.

Das Auslieferungsverlangen der Entente.

Die Presse-Information berichtet aus Paris: Die Zahl der von Deutschland auszuliefernden Personen umfaßt über 160 Militär- und 30 Zivilpersonen. Unter den Militärpersonen befinden sich viele höhere Offiziere, die Kommandanten von Kriegsgefangenenlagern waren, sowie deren Adjutanten. Die Zivilisten sind hauptsächlich Verwaltungsbeamte, die in dem besetzten Gebiet Maßnahmen gegen die Großbanken Einwohner getroffen hatten, wodurch sie angeblich gegen das Völkerrecht verstoßen haben. Da die Liste erst vier Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages überreicht wird, wird sich die Zahl der Auszuliefernden noch erhöhen, zumal noch größere Untersuchungen schweben.

Die französischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag.

„Matin" teilt mit: Der Sozialistenbund des Seine-Departements, der am Sonntag tagte, hat mit 6800 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Sozialisten in der Kammer gegen den Friedensvertrag stimmen wollen. Eine andere Entschließung erklärt, daß die sozialistische Delegation am 14. Juli nicht der Siegesfeier beiwohnen wolle. Der 14. Juli sei für die Sozialisten Frankreichs ein Trauertag. Eine dritte Entschließung verlangt den Ausschluß von etwa 20 Mitgliedern, die für den Anschluß an die dritte Internationale eingetreten sind.

Für uns ergibt aber diese Kritik, die am Tage der Unterzeichnung von Konferenzteilnehmern am Friedenswerk geübt worden ist, die Verpflichtung, auch unsererseits nicht zu ruhen und immer wieder auf das „Unerfüllbar" hinzuweisen, das unsere frühere Regierung und die Nationalversammlung gesprochen haben. Das Vorgehen des Vertreters Chinas und des Vertreters Südafrikas muß uns auf jeden Fall ermutigen, unsere Stimme fortgesetzt gegen alle die rücksichtslosen Bestimmungen zu erheben, die uns die loyale Einhaltung unserer Zusage unmöglich machen.

Eine Protesterklärung des Generals Smuts gegen den Friedensvertrag.

Holl. Nieuwsbureau meldet aus Paris: General Smuts gab, nachdem er den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, folgende Protesterklärung ab: „Ich habe den Vertrag unterzeichnet, nicht weil ich ihn für ein befriedigendes Dokument halte, sondern wegen der Notwendigkeit, den Krieg zu beendigen. Ich fühle, daß wir mit dem Vertrag nicht den wirklichen Frieden zustande gebracht haben, nach dem die Völker Ausschau halten. Es gibt territoriale Regelungen, die meiner Meinung nach einer Revision bedurft hätten. Von vielen im Vertrag festgelegten Garantien wird man wünschen, daß man bald zu der Erkenntnis kommt, daß sie mit den friedlichen Gefühlen eines unbewaffneten Staates, der unser früherer Feind war, nicht in Einklang gebracht werden können. Es sind in dem Vertrage Bestrafungen vorgesehen, bei denen wir in ruhiger Gemütsverfassung vorziehen würden, mit dem Schwamm darüber hinwegzuwischen, um sie der Vergessenheit preiszugeben. Es sind Entschädigungen festgesetzt worden, die nicht erfüllt werden können, ohne daß das Industrieleben Europas schwer geschädigt wird, und die im Interesse Aller erträglicher und gemäßigter sein müßten."

Vor der Bestätigung des Friedensvertrages durch die Völker.

Durch die Unterzeichnung hat der Friedensvertrag zwar die Anerkennung der beteiligten Regierungen gefunden, Rechtskraft wird er aber erst erlangen, wenn die Volksvertretungen die Genehmigung zu diesen Unterschriften ausgesprochen haben. Um diese Bestätigung des Friedensvertrages geht jetzt das Hauptbemühen des Rates der Vier. Er hat Vorbereitungen getroffen, daß in den Ländern der Entente die Volksvertretungen mit größter Beschleunigung ihre Zustimmung aussprechen. Wahrscheinlich wird eine geschickte Leitung es verstehen, daß die Abstimmungen sich in jenen Ländern zu großen Vertrauenskundgebungen für die „Siegreichen" Männer gestalten. Vielleicht wird man aber auch Überraschungen erleben, denn einmütig ist die Billigkeit dieses Friedensvertrages selbst nicht einmal in den Ländern der Feinde. In Amerika schwillt außerdem die Mißstimmung über Wilsons Völkerbundspolitik und die eigenartige, immer nachgebende Rolle, die er im Rate der Vier gespielt hat, — durch die ja das Ansehen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190702-18/fragment/page=0007